

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM  
 frei ins Haus, vorausschickend Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 Monatlich, vom Postamt abgeholt  
 1,50 RM, vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,64 RM. Neue Preisänderung für  
 Deutschland und Ostpreußen  
 2.— RM, für das übrige Ausland  
 4,50 RM monatlich. Sendung ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Däne-  
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
 und die Schweiz. Eintragungen in die  
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 13. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

**Anzeigenpreis:**  
 Die feinsten und besten Anzeigenblätter  
 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 feinstgedruckte Blatt 30 Pf. (täglich  
 2 feinstgedruckte Blätter), jedes weitere  
 Blatt 15 Pf. Stellenangebote und  
 Schiffsvermietungen das erste Blatt  
 20 Pf., jedes weitere Blatt 10 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zählen für  
 zwei Blätter. Feuerungsleistungen 30%,  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gesellschaftliche Vereins-Anzeigen  
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin  
 SW. 68, Lindenstraße 3, abwesend  
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

# Die Aussprache im Hauptauschuß.

## Hinze übernimmt die Geschäfte.

Berlin, 12. Juli. Reichskanzler Graf Hertling ist heute in das Große Hauptquartier zurückgekehrt. — Herr von Hinze begibt sich heute nach Kristiania zurück, um sich dort vom Könige zu verabschieden, und wird wahrscheinlich im Verlaufe der nächsten Woche die Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes übernehmen.

## Der Rücktritt Kühlmanns vor dem Hauptauschuß.

In der am Freitag fortgesetzten Debatte sprach zunächst

**Abg. Stresemann (nackl.):**  
 Zweifellos hat Herr v. Kühlmann sich Verdienste erworben, das muß gewürdigt werden, wenn man sich ein Urteil über seine Tätigkeit bilden wollte. Die Angriffe, die wegen des Ostfriedens gegen ihn gerichtet wurden, waren nicht berechtigt, denn er hatte auf unsere Verbündeten Rücksicht zu nehmen. Mit seiner Rede vom 24. Juni, die eine niederdrückende Wirkung auslösen mußte, war seine Stellung unhaltbar geworden. Dem Kanzler müsse man dankbar sein, daß er den Wechsel vollzogen habe. In der inneren Politik habe der Kanzler seine Aufgaben eingeleist. Für die Nationalliberalen war es bei ihrer Stellung zur Industrie, ein großes Opfer, der Aufhebung des § 163 zuzustimmen. Die Schwierigkeiten mit dem Arbeitsamtergesetz haben die Parteien selbst geschaffen dadurch, daß sie dem Entwurf der Regierung einen eigenen Entwurf entgegenstellten. Man dürfe zum Kanzler das Vertrauen haben, daß er das preussische Parlament auflösen werde, wenn alle anderen Mittel versagen. Wir haben kein Interesse daran, die Wiedererrichtung einer Monarchie in Rußland zu fördern. Den Zusammenbruch Rußlands können wir nicht wünschen, wir müssen im Gegenteil sehen, daß wir bald mit Rußland zu einem getragenen Handelsvertrage kommen. In der Schaffung neuer Demarkationslinien kann man nicht die Absicht der Eroberungen erblicken. Diese Demarkationslinien waren eine Notwendigkeit angesichts des Aufstehens demagogischer Barden. Redner bespricht dann das belgische Problem.

Zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung muß ein vertrauensvolles Verhältnis bestehen, bei dem in- und andererseits strategischer und politischer Momente darf die Heeresleitung nicht beiseite geschoben werden. Es ist unbedenklich, wenn immer die verschiedensten Richtungen die Oberste Heeresleitung für sich in Anspruch nehmen. Die Heeresleitung muß sich wehren und dann wirst man ihr vor, sie wische sich in die Politik ein. Wenn die Heeresleitung den Wunsch hat, den preussischen Landtag jetzt nicht aufzulösen, um innere Kämpfe zu vermeiden, so muß das berücksichtigt werden. Die Oberste Heeresleitung hat seinerzeit durch Vertrauensmänner die Kommandanten und die Nationalliberalen gebeten, jetzt nicht gegen Weichmann Sollweg vorzugehen, um in diesem Moment keine inneren Schwierigkeiten zu schaffen. Das beweise die große Sachlichkeit der Obersten Heeresleitung. Dem neuen Staatssekretär stehen die Nationalliberalen vertrauensvoll gegenüber.

**Reichskanzler Graf Hertling**  
 äußert sich noch einmal vertraulich zur belgischen Frage und knüpft daran die Bitte an die Parteien, alles zu tun, um den inneren Frieden nicht zu gefährden.

**Abg. Warmuth (D. N.)** nimmt für die Heeresverwaltung das Recht in Anspruch, die Befestigung eines Staatsmannes zu fordern, der zu den wichtigsten Fragen eine Stellung einnimmt, die geeignet ist, Schwierigkeiten zu schaffen.

**Abg. Ledebour (L. Soz.):**  
 Wir stehen der Person Kühlmanns völlig unbefangen gegenüber. Die Mittelpartei ist heute enttäuscht darüber, daß er ihre Politik nicht gemacht hat. Längst müßte man erkennen, daß seine Friedensresolution des Reichstags ist von den Parteien niemals ehrlich aufgefaßt worden. Offenbar war Kühlmann zur Heberzeugung gekommen, daß eine militärische Entscheidung den Frieden nicht bringen kann, das mußte ihn in Konflikt mit der Heeresleitung bringen. In der Beurteilung der Rede Kühlmanns vom 24. Juni hat sich der Kanzler offenbar von den Ansichten der Heeresleitung nachträglich beeinflussen lassen, denn noch am 25. Juni hat er den Staatssekretär im Reichstag gebittet. Deshalb müßte eigentlich auch er selber sein Amt niederlegen. Was Kühlmann zum Vorwurf zu machen ist, das ist der Umstand, daß er selber resigniert hat, entgegen seiner früheren Heberzeugung. Scheidemann habe eine Reihe treffender Bemerkungen gemacht, aber er habe es unterlassen, daraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Entlassung im Osten habe gezeigt, daß diese Staaten zu deutschen Vasallenstaaten gemacht werden sollen, eine Entwicklung, die in kritischen Augenblicken zum Selbstbestimmungsrecht der Völker steht. Angesichts dessen kann man kein Vertrauen zu der Politik des Reichskanzlers haben. Daß Graf Hertling von der Politik des Kanzlers befriedigt sei, belächelt treffend die ganze Situation. Durch den Rücktritt Kühlmanns habe sich allerdings nichts an der Politik des Kanzlers geändert, sie sei und bleibe eine Annerkennungspolitik. Wir fordern von der Regierung, daß sie ihre Kriegsziele endlich klar zum Ausdruck bringt, dann muß auch von der anderen Seite eine klare Antwort

## Feuerüberfälle, Erkundungsgefechte, Vorfeldkämpfe im Westen — Amerikanische Flieger gegen Koblenz.

Berlin, 12. Juli 1918, abends. Amtlich.  
 Derliche Kämpfe südwestlich Bailleul und auf dem Westufer der Avere.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 12. Juli 1918. (B. Z. B.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Die Artillerietätigkeit lebte am Abend auf und steigerte sich während der Nacht zu kräftigen Feuerüberfällen auf Kampfstellungen und Hintergelände. Südwestlich von Opera und Bailleul sowie nördlich von Albert wurden härtere Vorstöße, mehrfach Erkundungsabteilungen des Feindes abgewiesen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Zwischen Aisne und Warne blieb die Tätigkeit der Franzosen reger. In Vorfeldkämpfen am Walde von Villers Costereis machten wir Gefangene. Ostlich von Reims schlugen wir Erkundungsabteilungen des Feindes zurück.

Leutnant Redel errang seinen 20. Luftsieg.  
 Von dem gestern im Anflug auf Koblenz gemeldeten amerikanischen Geschwader fiel auch das sechste Flugzeug durch Abschuss in unsere Hand.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubendorf.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 12. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:  
 Nirgends größere Kampfhandlungen.  
 Der Chef des Generalstabes.

kommen, nur damit kann man den Weg zum Frieden ebnen. Die deutsche Regierung ist das ausführende Organ der herrschenden Militärs, deshalb hat der Personalwechsel im Auswärtigen Amt auch keinerlei Bedeutung.

**Abg. Gruber** beantragt Schluß der Debatte.  
**Abg. Graf Westarp** gibt folgende Erklärung ab: Meine Freunde sind mit den heutigen Erklärungen des Kanzlers über die belgische Frage nicht einverstanden, namentlich nicht mit Rücksicht auf Flandern.

Der Schlußantrag wurde dann angenommen und die geforderten Kriegskredite gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Schaffmeister Graf Koedern erklärt, daß in der Zeit, in der der Reichstag nicht verammelt ist, sich der Abschluß von Verträgen verschiedenster Art notwendig machen wird. Er bittet, zwei Unterausschüsse einzusetzen, mit denen er sich vor Abschluß der Verträge ins Einvernehmen setzen könne. — Der Ausschuss erklärte sich damit einverstanden.

Der Vorsitzende, Abg. Ebert, teilt dann noch mit, daß er die Absicht habe, den Ausschuss in der ersten Oktoberwoche einzuberufen, um die Reform des diplomatischen Dienstes zu beraten.

## Die ungarische Wahlreform.

**Wekere gegen Auflösung — Annahme des Vermittlungsvorschlags.**

Budapest, 11. Juli. Abgeordnetenhause. Die Gesetzentwurf über die Wahlreform wurde mit großer Mehrheit als Grundlage der Einzelberatung angenommen.

Vor Schluß der Erörterung ergriff Ministerpräsident Dr. Wekere das Wort. Er sagte, im Verlaufe der Beratung sei es zu Tage getreten, daß die Wahlreform in diesem Hause nicht in dem Umfange durchgeführt werden könne, wie die Regierung es beabsichtigt habe. Er habe es jedoch vermieden, zur Auflösung zu schreiten, weil diese die Aufregung infolge der Wahlkämpfe verlängern und die Wahlreform mindestens um ein Jahr hinauschieben würde.

Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die jetzige Vorlage immerhin bedeutende Fortschritte aufweise. Auch werde infolge der in der Vorlage enthaltenen Bestimmungen die Zahl der Wähler sich automatisch vermehren. Das Frauenstimmrecht habe der Ausschuss abgelehnt, doch werde die Regierung in der Einzelberatung eine besondere Abstimmung beantragen.

Der Ministerpräsident erklärte schließlich, er habe schon aus dem Grunde den Vermittlungsvorschlag angenommen, weil die Vorlage immerhin einen gewissen Ruhepunkt bedeute und es ermöglichen werde, wichtige Aufgaben zu lösen. Namentlich werde die Reform der nationalen Armee, die er als Voraussetzung für seine Amtsübernahme betrachtet habe, durchgeführt werden. Der Ministerpräsident empfahl die Vorlage zur Annahme.

## Das Programm des Zentrums.

Das Ergebnis einer nur aus Taktik bestehenden und mit lästigen Grundfragen nur wenig beschwerten Politik ist das vor wenigen Tagen an die Öffentlichkeit gelangte neue Programm der Zentrumspartei. Die Partei hat bisher kaum ein Programm gehabt. Was im Juni 1870 von Peter Reichensperger in der „Königlichen Volkzeitung“ an Richtlinien für die neu zu gründende Partei vorgeschlagen, was im Oktober desselben Jahres in Soest unter dem Namen des Soester Programms beschlossen wurde, was schließlich im März 1871 als das Programm der eben ins Leben gerufenen Reichstagsfraktion des Zentrums an die Öffentlichkeit gelangte, das war alles andere, nur keine klare Darstellung der Grundzüge und Forderungen einer politischen Partei. Vor allem in dem bis heute maßgebend gewesenen Märzprogramm von 1871, das kurz hinterher durch eine Art Geschäftsordnung von wenig erweitert wurde, fehlt jeder greifbare Kern. Es ist Froschmolluskendreck, der niemanden verpflichtet, niemandem wehe tut, und den der schleifische Grande mit eben solcher Gemütsruhe anerkennen kann wie der rheinische Fabrikant, der Kleinbürger in der Stadt, der Bauer auf dem Lande. Es ist ein Programm der Programmlosigkeit. Mit ungültiger Sorgfalt wird jede Festlegung in politischen Fragen vermieden; die Fraktionsgenossen übernehmen keine anderen Verpflichtungen als die, in Fragen der Kirchen- und Schulpolitik getreu den kirchlichen Traditionen zu handeln. Die zum Wohne wird an der Spitze des vorhin erwähnten Geschäftsordnungsanhangs gesagt: „Die Zentrumspartei hält die in ihrem bisherigen Programm enthaltenen Grundzüge fest. Die Mitglieder derselben suchen dieser Aufgabe auf dem Wege der Verständigung zu entsprechen, und soll die Freiheit des einzelnen — so wird in praktischstem Deutsch fortgeführt — in bezug auf seine Abstimmung keine Beeinträchtigung erleiden.“ Man hält also an Grundfragen fest, die man nicht hat, sucht innerhalb dieser Grundlosigkeit den Weg der Verständigung, stellt es aber zu alledem völlig in das Ermessen jedes Fraktionsangehörigen, ob er bei der Abstimmung Gott oder Hölle gehen will.

Siebenundvierzig Jahre sind in dieser Beziehung an der Zentrumspartei spurlos vorübergegangen. Denn das neue Programm, in der offiziellen Veröffentlichung vorsichtshalber nur „Richtlinien für die Parteiarbeit“ genannt, unterscheidet sich von dem alten nur durch seine Länge, nicht aber durch seinen Inhalt. Die Verschwommenheit ist Trumpf geblieben. Wiederum eine gewollte Unklarheit, die alles gestattet, dem feudalen Grundherrschaft, dem ausbeutenden Fabrikanten nicht wehe tut, dem Mittelstand höfliche Verbeugungen macht, den Bauer ans Herz drückt, den Arbeiter unveränderten Wohlwollens versichert. Was heißt zum Beispiel, um aus den rein politischen Forderungen einen Satz herauszugreifen: „Vollständige und freieitliche Ausgestaltung der Verfassung“? Mit diesem Schwamm kann Graf Strachwitz höchst zufrieden sein, Graf Eise kann in seinem Kasino ruhig schlafen, denn darunter läßt sich alles und nichts verstehen; jede Wahlrechtsänderung läßt sich zur Not damit rechtfertigen. Ein offenes Bekenntnis zum gleichen Wahlsrecht wird zugleich vermieden — das Zentrum will und darf diese Forderung nicht programmatisch aussprechen.

Was heißt „gerechte Verteilung der Steuerlasten“? Der Begriff ist durchaus lauschartig und jeder einzelnen Bevölkerungsklasse um den Leib zu wunden. Was heißt „freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen“ im Munde einer Partei, die die Voraussetzung eines solchen Aufstiegs, die Einheitschule, hartnäckig bekämpft? Das Programm fordert ferner „ausbreitende Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr“, in demselben Atemzuge verlangt es die „Schaffung und Erhaltung eines lebenskräftigen Mittelstandes“. Wie diese „ausgleichende Förderung“ aussehen, die Neuschaffung eines Mittelstandes vonstatten gehen soll in einer Zeit neu anhebender sozialer Kämpfe und unerhörtem Machtzuwachs des Großkapitals, das ist vorläufig das Geheimnis der Urheber des Programms. In demselben Abschnitt wird die „Erhaltung des Privateigentums als einer wesentlichen Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung“ gefordert. Das entspricht dem Charakter des Zentrums, so wie es heute beschaffen ist. Aus der katholisch-sozialen Literatur liegen sich jedoch eine Menge Beispiele dafür anführen, daß man auch in diesen Kreisen das Privateigentum nur als eine historische Kategorie, nicht aber als ewig gültige und gottgewollte Einrichtung betrachtet.

Daß das Programm schließlich die Trennung von Staat und Kirche verwirft, trotzdem sie in zahlreichen Ländern ohne Schädigung der Kirche durchgeführt ist, daß es die Freiheit der Kirche in demselben Atemzuge verlangt, wo es diese Kirche fest an den Staat schmiedet, daß es die konfessionelle Volksschule fordert, ist für das Zentrum



ganz selbstverständlich, ebenso wie das Verlangen nach Er-  
schwerung der Ehecheidung, was doch im Grunde auf eine  
Verunsicherung hinausläuft. Hier ist der Mangel tieferer  
Erfassung gesellschaftlicher Probleme besonders offenkundig.  
Dieser Mangel an Logik zeigt sich auch in der Behauptung,  
dass die Monarchie, allerdings im Bunde mit einer Volks-  
vertretung, die allein die bürgerliche Freiheit gewährleistende  
Staatsform sei. Die über den Staaten thronende katholische  
Kirche hat sich vor solchen Behauptungen stets gehütet; der  
Papst lobt die Republik, wenn sie kirchenfreundlich ist; er  
ist kein Freund der Monarchie, wenn sie in Kulturkampf  
macht.

Was aber am stärksten bei dem Programm in die Augen  
fällt, ohne jedoch den Kenner des Zentrums zu verwundern,  
ist das sorgfältige Ausweichen vor jeder Stellungnahme  
in den eigentlichen Kriegsfragen. Das Zentrum im  
Reichstag hat sich zur Intention bekannt und ist für den  
Verständigungsfrieden eingetreten. Nun verlangt zwar das  
Programm, das doch Richtlinien für die praktische Arbeit  
geben will, zwar allerhand für die Zeit nach dem Kriege:  
Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit, Freiheit der Meere, Re-  
form des diplomatischen Dienstes usw., außerdem soziale Fürsorge  
für die Opfer des Krieges — kein Wort aber findet man über  
die Abbruchung, die von Leo XIII. wiederholt eindringlich ge-  
predigt, von Zentrumsführern, von Katholikentagen früherer  
Zeiten gefordert worden ist. Und kein einziges Wort findet  
sich auch über die Notwendigkeit, diesen Krieg durch einen  
Frieden zu beendigen, der die Gewähr in sich trägt,  
dass er Europa vor der Wiederholung ähnlicher Katastrophen  
bewahrt. Diese heillosen Widersprüche sind ja freilich  
um so eher begreiflich, als die annexionsistische „Kölnische  
Volkszeitung“ sich der Urheberhaft der Grundzüge des neuen  
Programms rühmt, zudem aber auch das Zentrum sorgfältig  
darauf achtet, die in seinen Reihen nistenden Vaterlands-  
partei nicht vor den Kopf zu stoßen. Man könnte  
die Weglassung eines solchen Friedensbekenntnisses rechtfertigen,  
wenn es sich um ein Programm schlechthin handelte,  
das mit vergänglichem Gegenwartsfragen nicht befasst  
werden dürfte. Da jedoch der Partei nur „Richtlinien für  
die praktische Arbeit“ gegeben werden sollen, hätte eine  
Stellungnahme zum Frieden nicht fehlen dürfen. Ihre Ab-  
wesenheit ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass im  
Zentrumskörper der vaterlandsparteiliche Bazillus haust.

Trotz aller Mängel und Unebenheiten, trotz stellenweise  
recht krauser Logik und sogar politischer Purzelbäume möchten  
wir das neue Aktionsprogramm des Zentrums nicht gering  
einschätzen. Im öffentlichen Leben gehen die Dinge durch-  
aus nicht immer nach harten Gesetzen der Vernunft, das  
Unzulängliche wird hier viel öfter Ereignis als das Voll-  
kommene, und eine so lebensfähige Partei wie das Zentrum  
kann sich ein Programm der Halbheit und der Verschwonnen-  
heit gestalten, ohne dass ihm daraus erkennbarer Schaden  
erwächst. Ganz im Gegenteil ist damit zu rechnen, dass das  
in allen Farben schillernde Programm dem Zentrum recht  
gute Dienste leisten und ihm die Ueberwindung der ihm aus  
dem Kriege erwachsenden politischen und sozialen Schwierig-  
keiten wesentlich erleichtern wird.

## Die Gegenrevolution in Rußland.

### Die Lage der Bolschewiki-Regierung.

In den letzten Tagen waren in Berlin Gerüchte  
verbreitet, nach denen von der Regierung an die deutsche di-  
plomatische Vertretung in Moskau Anweisungen ergangen  
seien, wie sich die in Moskau anwesenden Mitglieder dieser  
Vertretung im Falle eines Sturzes der Bolschewiki-  
Regierung zu verhalten hätten. Wie uns mitgeteilt wird,  
sind keinerlei Anweisungen der erwähnten Art ergangen. Die  
augenblicklichen Verhältnisse in Moskau seien so, daß zu solchen  
Anordnungen kein Grund bestehe.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-  
Agentur teilt mit: In Sowjetkreisen hält man es für un-  
zweckmäßig, die Frage der durch den Brest-Litovsk-Vertrag  
entstandenen Verpflichtungen Rußlands mit der  
Frage der Warenzufuhr aus Rußland zu verbinden.  
Deutschland kann aus Rußland Kupfer und andere  
Waren erhalten, aber nicht als Abtragung der Verpflichtun-  
gen, sondern auf Grund selbständiger Abmachungen.

### Der Sowjetkongreß gegen neuen Krieg.

Stockholm, 12. Juli. Am 8. Juli 1918 wurde folgende von der  
kommunistischen Fraktion (den Bolschewiki) beantragte Ent-  
scheidung vom Sowjetkongreß mit erdrückender Mehrheit  
angenommen:

Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter und Soldaten  
billigt vollständig die innere und äußere Politik des  
Rats der Volkskommissare und beauftragt von neuem den un-  
erschütterlichen Willen der Arbeiter und Soldaten,

das Land nicht in einen neuen Krieg hineinziehen  
zu lassen.

Das Rußland der Sowjets wird jedem Angriffsvorhaben gegen das  
russische Gebiet von Seiten jedweder imperialistischen Regierung tat-  
kräftig Widerstand leisten. Das Rußland der Sowjets wird un-  
erbittlich gegen die Volksfeinde verfahren, welche das  
Vaterland zugunsten der Nationalisten der einen  
oder der anderen Koalition verraten. Die Landes-  
versammlung billigt gleichermaßen die Ernährungs-  
politik und Schaffung von Komitees armer Bauern, welche nicht die Arbeit  
der Armen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zur neuen  
Ernte erstreckt, ist der härteste für die Arbeitsbevölkerung der  
Erde. Die tatkräftigsten Maßnahmen werden zur Bekämp-  
fung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und  
ihrer Agenten ergriffen werden, welche aus der augenblick-  
lichen Lage Augen zu schließen versuchen. Die Landesversammlung  
ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einmütig für die Sowjets ein-  
zutreten.

Die Anfänge des Kongresses, der am 4. Juli begann, waren  
ungemein erregt. Aus „Komoje Schijn“ und „Kasch Bjele“ werden  
sehr Einzelheiten bekannt, die der Stockholmer „Sozialdemokrat“  
weitergibt. Der Kongreß wurde im großen Theater eröffnet. In  
einer Rede sahen die Vertreter der Entente, darunter der  
englische Generalkonsul Laddart, in einer anderen Rede der deutsche  
Legationsrat Mebler. Man bemerkte sofort, daß die Sozialrevo-  
lutionäre sich von den Bolschewiki fernhielten und untereinander leb-  
hafte Erörterungen hielten. Nach den üblichen Begrüßungsreden  
erhielt das Wort der ukrainische Delegierte Alexandrow.  
Von stürmischen Beifall begrüßt, sagte er: „Ich komme von einem  
Geheimkongreß in der Ukraine, wo die Bourgeoisie und der von  
den Deutschen unterstützte Skoropadski herrschen, in das Land der  
eisernen Diktatur der Arbeiter und Bauern, wo indessen der Völk-  
der Regierungsmacht Verhandlungen mit Skoropadski führt und  
unter sich den Führer der deutschen Imperialisten,  
den Grafen Mirbach, duldet. (Stürmischer Beifall der So-  
zialrevolutionäre.) Der Redner schilderte darauf die Stimmung  
in der Ukraine und verlangte, daß das Joch des Friedens

von Prest-Ottom abgeschüttelt werde. Der Rede  
folgte lebhaftes Beifallsäußerungen, aber auch Proteste seitens der  
Bolschewiki. Die Sozialrevolutionäre begannen drohend  
gegen die Bolschewiki zu gestikulieren und riefen: „Nieder mit  
Prest! Nieder mit Mirbach!“ Erst nach großen Anstrengungen  
gelang es, die Ordnung wiederherzustellen. Ein neuer Zwischenfall  
folgte, als die Sozialrevolutionäre sofortige Abschaffung der Todes-  
strafe verlangten. Die Bolschewiki bekämpften die sofortige Be-  
handlung der Abschaffungsfrage. Es kam daraufhin zu stürmischen  
Szenen. Die Sozialrevolutionäre riefen: „Nieder! Nieder!  
Denker!“

Darauf sprach Trotski. Er erinnerte an gefährliche Sym-  
ptome innerhalb der Roten Armee, von der ein Teil dem ausdrück-  
lichen Verbot zum Trotz gegen die deutschen Truppen an der  
Ukrainefront die Offensive ergriffen habe. Darauf beurteilte er  
die Tschcho-Slowaken, schilderte seine bekannten Maßnahmen zur  
Unterdrückung der sibirischen Bewegung. Der Führer der Sozial-  
revolutionäre, Kamkow, rief ihm zu: „Kerenski!“ Trotski an-  
wortete: „Kerenski erfüllte bloß den Willen der Bourgeoisie.“ Die  
Sozialrevolutionäre schrien:

„Ihr erfüllt den Willen Mirbachs!“

Nach Trotski sprach Kamkow: „Wir haben leinewegs mit den Pro-  
fiteuren an der Ukraine zu schaffen!“ sagte er, „auch nicht  
mit bewaffneten Truppen, sondern mit gesunder Ideologie und  
Psychologie bei ihnen, die nicht Zeuge sein wollen, wie die  
deutschen Imperialisten die ukrainischen Bauern  
unterdrücken. Sie wollen nicht gedemütigt zusehen, wie  
andere Brüder in der Ukraine von diesen unmwürdigen Konzernen  
erschaffen werden.“ Bei diesen Worten richtete Kamkow den Blick  
gegen die Lage des deutschen Legationsrats. Die Bolschewiki pro-  
testierten lebhaft. Die Sozialrevolutionäre erhoben sich und schrien  
durch den ganzen Theateraal: „Nieder mit diesen Wörtern! Her-  
aus mit ihnen! Nieder mit Mirbach!“

Darauf wurde die Resolution vorgelegt, welche die Frage  
über Krieg und Frieden in die Hände des allrussischen  
Sowjetkongresses legt. Karelin erklärte im Namen der Sozial-  
revolutionäre, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen,  
morauf sie den Saal verließen. Damit brachen die Sozial-  
revolutionäre endgültig mit den Bolschewiki, und die Ermor-  
dung Mirbachs besiegelte den Bruch.

### Sawinkow.

Ueber Sawinkow, den die Meldungen aus Rußland in enge  
Beziehung zu dem Morde Mirbachs gebracht haben, äußerte sich  
der Berliner Sowjetkorrespondent Joffe zu einem Vertreter der  
„Neuen Freien Presse“. Er sagte: „Sawinkow, der zum rechten  
Krieg der Sozialrevolutionäre gehört, steht vollständig unter eng-  
lischem Einfluß und seine Teilnahme an dem Morde würde einen  
harten Beweis dafür bieten, daß England dabei die Hand im  
Spiel hatte. Aber es liegen bisher keine Anhaltspunkte  
für die Teilnahme Sawinkows an dem Verbrechen  
vor.“ Joffe meldet ein Stockholmer T.-U.-Telegramm: Sawinkow  
sei mit dem französischen Botschafter Rouleau einige Tage vor dem  
Morde nach Wolodga abgereist. Auf die Ergreifung Sa-  
winkows wurde eine große Summe ausgesetzt.

Ueber den schnell bereiteten Moskauer Anbruch liegt noch fol-  
gende Mitteilung vor: Nach den Aussagen des aus Moskau nach  
Baris zurückgekehrten früheren Kontrollors der Lohrer Eisen-  
bahn Moriz, wüteten die Kämpfe in den Straßen Moskaus mit  
voller Erbitterung bis Sonntag. Es sei kein Angehöriger dafür vor-  
handen gewesen, daß die Ruhe bald hergestellt werden könnte, die  
Arbeiter hätten sich im Gegenteil zu neuen Kämpfen vorbereitet.

Lehteres dürfte sich auf die in Moskau durchgeführte Mobili-  
sierung beziehen. Eine Mitteilung des Berliner R.-U.-Bureaus  
teilt aus einem Bericht Trotski mit: Die Politik der Sowjetre-  
gierung besteht in einer vollständigen Neutralität hinsichtlich beider  
imperialistischen Gruppierungen. Wir wollen nicht und werden  
es auch nicht zulassen, daß man uns durch mechanischen Druck von  
außen, durch Landung von Truppen oder durch schamlose Ein-  
mischung in den Krieg treibt. Als einziges Resultat der englisch-  
französischen Versuche in dieser Richtung ist bisher nur die Ge-  
bung der militärischen Stimmung in den russischen  
Klassen zu notieren. Dieses hat der Sowjetregierung die un-  
erbrochene Durchführung der Mobilisation in  
Moskau gesichert. In nächster Zeit beabsichtigt die Sowjet-  
regierung, diese Mobilisation auf ganz Rußland auszuweihen.

### Archangelst.

Wie der russische Botschafter in Berlin von dem Kommissariat  
des Reiches am 9. Juli mitgeteilt wurde, befindet sich in Archan-  
gelst absolut kein englisches Escadron.

### Algejew in Omsk.

Stockholm, 11. Juli. Moskauer Meldungen zufolge hat sich der  
General Algejew nach großen Schwierigkeiten mit seinen Truppen  
bis nach Omsk durchgeschlagen. Man bereichte ihm dort  
große Ovationen und ernannte ihn an Stelle des Obersten  
Iwanow zum Kommandeur der Armee. Iwanow wird Leiter des  
Tschcho-Slowakischen Quartiers. Admiral Kolschak ist wieder  
nach Charkow abgereist, wo die frühere Regierung gänzlich auf-  
gelöst wird.

### Revolutionssicherungen in Petersburg.

Moskau, 10. Juli. Die Presse meldet, daß in Petersburg ein  
Kriegs-Revolutionssomitee unter Urtski die Obliegenheiten des  
bisherigen Sowjets der Kommissare für die nördliche Kom-  
mune des Petersburger Bezirks übernommen und die  
nicht bolschewikischen Kommissare abgesetzt hat. Das Revolutionss-  
omitee hat strenge Kontrolle des Verkehrs in den  
Straßen befohlen und das Waffentragen und An-  
nehmen des Publikums verboten, sowie die Entwertung aller  
Kampfmaschinen der Sozialrevolutionäre angeordnet.

## Antrag auf Anklage gegen die rumänischen Kriegsschuldigen.

Bukarest, 11. Juli. Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Im  
Laufe der heutigen Kammerung verlas der Abgeordnete Stroi-  
ci einen parlamentarischen Initiativantrag auf Anklage-  
erhebung gegen die früheren Minister Jonel Bratianu,  
Vintila Bratianu, Emil Costinescu, Alexandru Constantinescu,  
Vasile Morzun, Dolor Angelescu und Zale  
Jonescu, gemäß dem Gesetz über die ministerielle Verantwort-  
lichkeit. Der Antrag ist begleitet von den Anklagepunkten gegen die  
Regierung, die Rumänien in den unheilvollen Krieg verwickelte.  
Der Antrag war Gegenstand lebhaften Beifalls. Gemäß  
der Kammerordnung und dem Gesetz über die Ministerverantwor-  
tlichkeit wurde der Antrag den Bureau der Verammlung über-  
wiesen, die schnell die nötigen Formalitäten erledigen sollen.

## Der Schützengraben als Streifvergeltung. Protest französischer Gewerkschaften gegen Clemenceaus Gewaltspolitik.

Bern, 11. Juli. Der Verband der Mechaniker des Seine-  
departements richtete einen langen Brief an Clemenceau  
und beschwerte sich bitter über die harte Bestrafung der  
Arbeiterdelegierten, die anlässlich des letzten Streiks

und der letzten Arbeiterbewegung in Frankreich verhaftet wurden.  
Von 150 industriellen Delegierten seien 41 an die Front geschickt  
worden und beinahe alle anderen in Straffabriken  
des Nord- und Ostdepartements verlegt worden. Die Arbeiter-  
führer hätten ein Anrecht auf mildere Bestrafung gehabt. Die  
Arbeiter beschwerten sich ferner, daß durch Ausbreitung von  
Gerüchten über bevorstehende Streiks zwischen der  
Arbeiterklasse und den Arbeitgebern künstlich Mißtrauen  
geleitet werde, so daß viele Arbeitgeber sich weigerten, mit  
Arbeiterdelegierten zu verhandeln. Diese Gewaltpolitik habe schon  
zu viel Unheil angerichtet und müsse endlich aufhören.

## Der Abgeordnete Turmel wird ausgeliefert.

Genf, 11. Juli. Die Kammer verhandelte über den Aus-  
lieferungsantrag gegen den Abgeordneten Turmel wegen Einver-  
ständnis mit dem Feinde. Dumont bekämpfte die Auslieferung,  
da der Immunitätsauschuss beschlußfähig war. Laval führte  
aus, der Ausschuss habe nicht einmal Kenntnis von den Anklage-  
akten erhalten können. Trotz der Intervention Re-  
naudels, der die Haltlosigkeit nachwies und die Mängel des  
Verfahrens hervorhob, stimmte die Kammer der Aus-  
lieferung mit 306 gegen 69 Stimmen zu.

Im englischen Kanal sind von deutschen U-Booten neuerdings  
vier bewaffnete Dampfer mit zusammen 20 000 Br.-R.-T. versenkt  
worden.

Das Bonnet-Rouge-Urteil. Der Pariser Kassationshof hat die  
Rechtsbeschwerde der in dem Bonnet-Rouge-Prozesse Ver-  
urteilten abgewiesen.

Die Judenfrage in Rumänien. Der rumänische Ministerrat hat  
beschlossen, die Judenfrage auf breiterer Grundlage zu  
lösen und etwa Benachteiligten das Recht der Berufung an den  
Obersten Gerichtshof zuzugestehen. Bei Erbringung der vor-  
geschriebenen Nachweise wird den das Staatsbürgerrecht anstrebenden  
Juden weitgehendes Entgegenkommen bekundet werden.

## Regierung und Fortschrittliche Volkspartei.

Zum Ergebnis der Verhandlungen des Hauptausschusses  
des Reichstages sagt die „Frankfurter Zeitung“:

Die Bilanz schließt mit einem Fehlbetrag. Von dem, was  
eine Sicherheit dafür hätte geben können, daß Krisen wie die jetzige  
sich nicht wiederholen, daß die Regierung des Grafen Hertling  
wirklich eine klare, von politischen Rücksichten befreite Politik  
macht, daß sie an der Durchführung einer solchen Politik nicht durch  
andere Faktoren, um mit dem Reichskanzler zu reden,  
gehindert werden kann, und endlich, daß der Reichstag einen tat-  
sächlichen Einfluß auf diese Politik ausüben können, findet sich  
in der Rede herzlich wenig.

Das Blatt beschäftigt sich dann mit der Stellungnahme  
der Parteien und findet, daß das Austreten des Zentrums,  
den seine Verhandlungen der Fraktionen vorangegangen zu  
sein scheinen, den Zusammenhalt der Mehrheit mindestens  
gelockert habe.

Für die Volkspartei handelt es sich um eine ernsthafte Ent-  
scheidung darüber, ob sie weiter in der Mehrheit bleiben und sich  
an der Regierung beteiligen will, wodurch sie natür-  
lich auch die Verantwortung für das über-  
nimmt, was von dieser Regierung geschieht.  
Der Redner der Partei hat die Entscheidung sozusagen  
vertagt und erklärt, seine Partei solle die Laten der Regierung ab-  
warten. Das ist aber ein offener Zweifel, und jedenfalls nicht  
die Kundgebung des Vertrauens. Eine Konsequenz aber aus dieser  
Haltung wird anscheinend nicht gezogen, und der Sitzplatz  
bleibt an seinem Platze. Das setzt uns ver-  
sehl, unglücklich und keine gute Politik. Für eine Regierung,  
deren Handlungen man nicht mißbilligt, kann man keine Verant-  
wortung übernehmen. Es mag sein, daß Gründe der inneren  
Politik auf diese Entscheidung einwirken. Aber wir fürchten, daß  
die Rechnungen sich als falsch erweisen werden. Die Krise ist  
nicht zu einem Ende gebracht. Klarheit ist nicht ge-  
schaffen, und die Entscheidung ist vertagt worden; augen-  
scheinlich, weil man sich vor ihr gescheut hat. Wir fürchten,  
sie wird sich im Herbst erneuern, wenn dann eben die Laten  
des Grafen Hertling und seines neuen Mitarbeiters seinen Worten  
nicht entsprechen, und wenn dann, was sich jetzt schon in seinen An-  
sätzen zeigt, eine neue Mehrheit sich gebildet haben wird,  
mit der zu gehen dem Kanzler vielleicht kein sehr großes Opfer  
kostet.

## Letzte Nachrichten.

Japans Einmischung augenblicklich nicht nötig.

Tokio, 12. Juli. (Reuter.) Der Bericht aus Washing-  
ton, daß Japan beschlossen habe, das Ersuchen der  
Entente anzunehmen, unter allen Umständen in Si-  
birien vorzugehen, zurückzuweisen, wird amtlich für  
unrichtig erklärt. In Japans Haltung ist keine Ände-  
rung eingetreten. Americas Antwort über die Angelegenheit  
wird abgewartet. Außerhalb der amtlichen Kreise ist man sich  
in Japan jetzt ziemlich einig darüber, daß es augenblick-  
lich nicht notwendig ist, Truppen nach Sibirien  
zu schicken.

### Sachsen und Litauen.

Dresden, 12. Juli. Die „Sächsische Staatszeitung“  
schreibt: Zeitungsnachrichten zufolge wird behauptet, daß die Säch-  
sische Regierung dem Bundesrat eine ausführlich begründete Denks-  
chrift überreicht habe, damit dieser die Vereinigung Li-  
tauens mit Sachsen durch Personalunion unter-  
stütze. Diese Nachricht ist vollkommen erfunden. Weder ist  
eine solche Denkschrift seitens der Sächsischen Regierung dem  
Bundesrat übergeben worden, noch hat sich das hierfür allein zu-  
ständige Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine solche  
Denkschrift irgendeiner Reichsbehörde zugehen lassen.

### Fusion großer Banken im Westen.

London, 12. Juli. (Reuter.) Die „Financial News“ be-  
spricht die Fusion der großen Banken, die eben bekannt geworden  
ist, nämlich der Barclays Bank und der London Provincial and  
Southwestern Bank, die über ein gemeinsames Kapital  
von 20 Millionen Pfund Sterling verfügen. Das  
Blatt schreibt: Es handelt sich bei dieser Fusion nicht um eine  
auf das Britische Reich beschränkte großzügige Bankpolitik, son-  
dern um den Eintritt der London and Southwestern Bank in  
Frankreich und Italien sowie um den Eintritt der  
London City and Midland Bank und der London County and  
Westminster Bank in Spanien. Alle diese Entwicklungen  
zeigen, daß die Bankiers für die kritische Zeit nach dem  
Kriege nicht nur ihre Politik bereit haben, sondern sie auch  
schon in die Tat umzusetzen beginnen.



Groß-Berlin

Die Anklage gegen Neufölln.

Auf Wunsch der Presse empfing gestern der Stadtschreiber Neufölln Herr Stadtrat Lindner Vertreter Groß-Berliner Zeitungen und gab ihnen folgende Auskünfte:

Es ist richtig, daß die Anklage wegen der Lebensmittelvergehen Magistratsmitgliedern und Beamten der Stadt Neufölln gestellt ist. Die Art unserer Verteidigung kann ich im einzelnen natürlich noch nicht schildern, da wir noch nicht Gelegenheit hatten, mit unserem Rechtsanwalt die Anklageschrift zu besprechen. Wahrscheinlich wird Voruntersuchung beantragt werden, da die ganze Angelegenheit noch völlig ungeklärt ist. Das positive Material der Anklageschrift ist recht dürftig und es wird sehr viel mit Vermutungen gearbeitet. Auch die Rechtslage ist noch völlig unklar, da es noch sehr zweifelhaft ist, ob die betreffenden Magistratsmitglieder für die Verhältnisse der Kriegsnotsstandskommission strafrechtlich haftbar sind. Wie wenig sich der Verfasser der Anklage über die städtische Organisation klar gewesen ist, geht daraus hervor, daß er die Kriegsnotsstandskommission als eine Unterkommission des Magistrats bezeichnet. Sie ist im Gegenteil aber eine aus Stadtratsmitgliedern und Magistratsmitgliedern zusammengesetzte Kommission. Eigenartig ist, daß in der Anklageschrift verschiedene Delikte zusammengepackt sind, die auch nicht den geringsten Zusammenhang haben. So wird u. a. ein Beamter der Stadt Neufölln angeklagt, weil er für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geldgeschenke genommen hat. Nebenbei gesagt, behauptet der Beamte, es läßt sich um eine durchaus legal bezahlte Nebenbeschäftigung handeln. Jedenfalls hat diese Angelegenheit mit der eigentlichen Anklage gar nichts zu tun und es ist sehr verwunderlich, daß der Staatsanwalt diese beiden Delikte zusammen verbunden hat. Ob der Herr Staatskommissar für Volksernährung irgendwelchen Einfluß auf diese Angelegenheit ausgeübt hat, entzieht sich meiner Beurteilung. Ein gewisses Interesse hat er anscheinend an der Angelegenheit genommen, denn er hat letzterzeit direkt den Regierungspräsidenten angewiesen, die Beamten der Stadt Neufölln zu Zeugnisaufgaben zu veranlassen. Ferner hat ihm eine Bekwerbe eines Polizeibeamten in dieser Angelegenheit direkt vorgelegen. Der Polizeibeamte, der im Rathaus nach Schriftstücken forschen wollte, hatte sich darüber bewußt, daß der Oberbürgermeister ihn scharf behandelt habe. Diese Bekwerbe hat der Herr Staatskommissar für Volksernährung dem Herrn Minister des Innern überreicht mit der Voraussetzung, daß die Vorkommission in Neufölln zu einem disziplinarischen Einschreiten gegen die Neuföllner Magistratsmitglieder führen würden, und den Minister des Innern gebeten, ihm Rücksicht über seine Entscheidung geben zu wollen.

Hieraus darf man wohl den Schluß ziehen, daß Eggzellenz von Balbo großes Interesse den Neuföllner Vorgängen entgegengebracht hat, da wohl kaum jede Bekwerbe eines Beamten des Kriegsvorstandsamt ihm vorgelegt wird.

Die Anklage richtet sich — wie wir hinzufügen wollen — gegen die Stadträte Vier und Adam, die Stadträtinnen Voigt und Siebert und die Kaufleute Davitzki, Kerstian und Stein-Schwey. Sie umfaßt elf Seiten und legt besonderes Gewicht auf den Verkauf und die unbedingte Vermählung von Saatgut. Besonders sollen Kogger, Gaiser, Weiss, Geluckel, Widen und Wöhnen vermögen und der Bewirtschaftung entzogen worden sein. Der ständige Lebensmittelankäufer Stein-Schwey wird beschuldigt, vor seiner Tätigkeit in Neufölln der Stadt Copenick Dienste geleistet zu haben. In einer sofort nach Zustellung der Anklageschrift zusammengetretenen Sitzung der Neuföllner Notstandskommission wurde allgemein angegeben, daß die Vermählung von Saatgut hätte geschehen müssen zur Aufrechterhaltung der Volkslädenbetriebe.

Das Schweinesterben auf dem Zentralviehhof. Genosse Otto Wels schreibt uns: Die Direktion des Ragerviehhofs in Friedrichsfelde sendet der Presse eine Auskunft, daß meine Ausführungen in der Reichstags-Sitzung vom 6. Juli cr., auf dem Viehhof in Friedrichsfelde seien 8000 Schweine krepiert, den Tatsachen nicht entsprechen. Das ist vollständig richtig. Die Schweine sind nicht auf dem Ragerviehhof, sondern in den Schlachträumen der Heeresverwaltung, auf dem Berliner Zentralviehhof, krepiert. Die Verichtung trifft nur einen Jerrum der Verichterstattung, nicht der Tatsachen. Diese sind durch den verletzten Briefwechsel zwischen dem Berliner Magistrat und der Zentralstelle zur Verfassung der Heeresversorgung vollumfänglich und waren von der Heeresverwaltung auch nicht bestritten, wie es das Schreiben der Vertreter des Kriegsministeriums im Kriegsernährungsamt ja deutlich gezeigt hat.

Ausgabe von Zwieback.

Ein Kinder im Alter bis zu zwei Jahren und an Personen im Alter von über 70 Jahren wird einmalig 1 1/2 Pfund Zwieback ausgegeben werden. Der Verkauf erfolgt ohne Brotkarten gegen Bezugskarte. Der Zwieback wird in Originalpackchen von etwa 124 bzw. 62 Gramm Gewicht verkauft, so daß jeder Bezugsberechtigte 6 große oder 12 kleine Packchen zu beanspruchen hat. Der Preis für das große Packchen beträgt 40 Pf., für das kleine Packchen 20 Pf., für die ganze Menge somit 240 Pf. Auf Wunsch wird auch Zwiebackbrud in Läden von je 250 Gramm Gewicht verabfolgt, die Läden kosten 65 Pf., die Gesamtmenge also 1,65 Pf. Für die Empfangsberechtigten, nämlich alle nach dem 30. Juni 1918 geborenen Kinder und alle vor dem 1. August 1918 geborenen Personen, können die Bezugskarte auf der zuständigen Protokommission in der Woche vom 15. bis 20. Juli in Empfang genommen werden. Eine Voranmeldung für den Zwiebackverkauf ist nicht erforderlich; der Bezugskarte ist einfach des Anmeldeabschnitts bei der Empfangnahme des Zwiebacks abzugeben. Der Zwieback ist in den Kronenbrotbäckereien erhältlich, die an den Anschlagtafeln angegeben sind.

Der Herr Wohnungskommissar.

Ein Streit, in dessen Mittelpunkt der neue Staatskommissar für das Wohnungswesen, Freiherr v. Coels vander Bruggen, steht, wird heute das Berliner Vereinigungsamt beschäftigt. Von der Sachlage gibt der Abf. Stadtrat folgende Darstellung: Vor Jahresfrist ist von mir in dem Hause Große Querstraße 1 eine Sechszimmerwohnung von Größe von 4000 M. gemietet worden. Da die zusammenhängenden Häuser Nr. 1 und 2 vom Fließ für das später zu erbauende königliche Oberhaus erworben worden sind, so wurde eine nur dreimonatige Kündigungsfrist zugesprochen, jedoch sofort erklärt, daß keine Gefahr für baldige Räumung der Wohnung bestünde, da der Oper-Neubau noch sehr fern läge. Infolgedessen ließ ich die gemietete Wohnung mit einem Kostenaufwande von 4000 M. neuerlich herrichten. Vor kurzem erschien plötzlich der Staatskommissar für Wohnungswesen, befristete diese und die Wohnung des Rentners Kronhaußen und erklärte, er brauche sie als Dienstwohnung. Die Mieter sträubten sich natürlich, und der Staatskommissar bot mir seine Vierzimmerwohnung in der Lutherstraße zum Tausch an. Hiermit war ich aber nicht einverstanden, weil ich meine Fabrik in der Dorothienstraße habe. Ich wies darauf hin, daß sich in den

Häusern noch andere Wohnungen befänden, u. a. die des Generals der Kavallerie v. d. Norwig, die dem Zwecke ebenso gut entsprächen. Trotzdem wurden wir gezwungen, und unsere zunächst dem Finanzministerium, dann auf dessen Geheiß dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eingereichte Bitte um Frist bis August 1919 wurde abgelehnt.

Da die vom Herrn Wohnungskommissar ausgemieteten Mieter der Ansicht sind, daß es sich hier um einen völlig überflüssigen Wohnungswechsel handelt, der in dieser Zeit der Verteilung drei große Innzüge notwendig machen würde, und daß überdies die Kündigung mit Rücksicht auf die Abmachungen beim Abschluß der Mietverträge unzulässig sei, so wird das Mietvertragsamt die Entscheidung treffen müssen.

Welpensicht für Desfrächte. Nach einer Verordnung des Bundesrats sind am 1. Juli im Gemeindebezirk Berlin vorhandene Vorräte an Desfrächten (Kaps, Rüben, Hebrich, Rabison, Sonnenblumen, Senf (weißem und braunem), Datteln, Mohr, Lein und Gans) der inländischen Ernte und Vorräte an daraus gewonnenen Produkten bis zum 15. Juli dem Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststr. 16, anzugeben. Die Anzeige hat getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Nennung des letzteren, zu erfolgen. Gleichzeitig hat der Lieferpflichtige anzugeben, von welchem Zeitpunkt ab er zur Lieferung bereit ist. Dies gilt nicht für Vorräte an Leinamen, die in der Hand desselben Eigentümers 5 Doppelpenter nicht übersteigen.

Ein Kleiderdiebstahl auf dem Ferienpielplatz Buch hat eine auf dem Wedding wohnende Familie schwer geschädigt. Bei einem ersten Besuch dieses Spielplatzes wurde ein achtjähriges Mädchen um ein ganz neues Wollkleid bestohlen, dessen Wert in Anbetracht der jetzigen Teuerung sehr erheblich war. Die Kleine hatte, weil ihr beim Spielen warm geworden war, das Kleid abgetan und beiseite gelegt. Als sie am Abend es wieder anziehen wollte, war es verschwunden und konnte trotz allem Suchen nicht aufgefunden werden. Anschließend hatte ein diebstahlschändliches Kind das schöne neue Kleid mitgehen lassen und es im Auslauf oder in sonst einem Behälter versteckt. Die Bestohlene meldete den Verlust, aber sie hat nicht bemerkt, daß ein Lehrer oder eine Lehrerin nennenswerte Verdächtige zur Ermittlung des Diebes machte. Im Unterrod mußte sie nach Hause zurückkehren, zum großen Schrecken der Mutter, die als Kriegerfrau nicht leicht die Kosten für ein Ersatzkleid aufbringen kann. Einweilen hat die Mutter darauf verzichtet, ihr Kind wieder nach dem Ferienpielplatz hinausfahren zu lassen. Sie bezweifelt, daß da draußen hinreichende Vorkehrungen zur Verhütung solcher Diebstähle getroffen sind.

Die fehlende Ablösung. Ein Leser, der am letzten Mittwoch gegen Abend die Linie 10 der Großen Berliner Straßenbahn benutzte, beklagt sich darüber, daß in der Nähe des Hermannplatzes die sämtlichen Fahrgäste plötzlich zum Verlassen des Wagens gezwungen wurden, weil die Schaffnerin sich weigerte, noch länger Dienst zu tun. Sie hatte schon eine Tour über ihre Zahl hinaus gefahren und immer noch fehlte die Ablösung. Die Fahrgäste warteten nun, daß sie von dem folgenden Wagen der Linie 10 befördert werden würden. Aber der erste, der kam, war überfüllt und konnte nur einen Teil der Angelegten aufnehmen. Der Rest mußte auf den zweiten warten. So geschah es, daß unser Gewährsmann für seine Tour von der Haltenbeide zur Großen Kranfurter Straße nicht weniger als fünfviertel Stunden brauchte. Wie es heißt, lassen sich ähnliche Dinge schon wiederholt auf der Linie 10 ereignen haben und es wäre wirklich dringend zu wünschen, daß die Aufsichtsbehörde sich ins Mittel lege und die Große Berliner zu einer größeren Rücksichtnahme sowohl auf ihre Passagiere wie auf ihre Angestellten nötige.

Gefährliche Fahrsüßigkeit. Ein Leser schreibt uns: Mittwochabend machte ich einen Spaziergang über das Tempelhofer Feld. Es war schon ziemlich dunkel und ich bemerkte zwei aufgedeckte Kanalisationsröhren, als ich ganz dicht davor stand. Wie leicht ist es möglich, daß spielende Kinder oder auch Erwachsene dieselben nicht wahrnehmen und hineinfallen!

„Hausrat.“ Die erweiterte Ausstellung der Hausrat G. G. m. b. H. mit einer Reihe von neuen Typen für Wohnzimmer, Schlafzimmer und Küchen ist in den von der Provinzialverwaltung in der Matthäikirchstraße, Königin-Augusta-Straße, zur Verfügung gestellten Räumen eröffnet. Die Ausstellung, in der gleichzeitig der Verkauf auch gegen Teilzahlung gestattet wird, ist wochentäglich von 9-6 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Krankensubsidien nach Buch. Vom morgigen Sonntag ab wird zur Erleichterung des Verkehrs der in Buch gelegenen Kaserne und Krankenhäuser der Stadt Berlin zwischen dem Stettiner Bahnhof und Buch ein neuer Zug gefahren, ab Stettiner Bahnhof 2 Uhr 33 Min. nachm., an Buch 8 Uhr 6 nachm. In der Gegenrichtung verkehren zwei neue Züge ab Buch 6 Uhr 05 bzw. 8 Uhr 54 abends, an Stettiner Bahnhof 8 Uhr 35 bzw. 9 Uhr 25 abends. Alle drei Züge verkehren bis auf weiteres jedoch nur an Sonn- und Festtagen.

Postverkehr mit der Ukraine. Der Postverkehr zwischen Deutschland und der Ukraine wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden. Er wird sich vorläufig auf die Beförderung von gewöhnlichen Briefen, Postkarten und Warenproben beschränken. Für den neuen Postverkehr sind die deutsche und die russische Sprache zugelassen.

Der Sportpark Treptow hat für sein Rennen „Die Hundert“ eine dreitägige Veranstaltung vorgesehen, und zwar Sonntag, den 14., Donnerstag, den 18., und Sonntag, den 21. Juli.

Wieder ein Hotelbrand. Gestern, nachts um 1 Uhr, kam in dem Hotel Excelsior gegenüber dem Anhalter Bahnhof aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das jedoch keinen großen Umfang annahm. Die Gäste des Hotels waren nicht beunruhigt, sie lagen vielmehr den Arbeiten der Feuerwehreinheiten mit Interesse zu. Gegen 4 Uhr waren die Arbeiten beendet.

Spandauer Stadtratsversammlung. Die Vorlage des Magistrats zur Vereinfachung von Mitteln zur Ausführung der Probefischerei wurde an die Kommission zurückerwiesen. Ein Antrag der Kommunalen Wahlvereinigungen, den Magistrat zu ersuchen, beim Reichsstatistikamt vorstellig zu werden, daß die Strafgelehrten für erhöhten Gasverbrauch den Spandauern Abnehmern erlassen werden, wird angenommen. Eine längere Debatte zeitigte der Antrag Stahl und Genossen auf Erweiterung der Straßenbahn-Deputation von 7 auf 9 Mitglieder. Die sozialdemokratische Fraktion hat in dieser wichtigen Kommission keinen Vertreter. Die Verhältnisse in diesem städtischen Betriebe sind aber derartig reformbedürftig in jeder Beziehung, daß man es begreifen sollte, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellen will. Der Oberbürgermeister sowie die Stadtratsmitglieder Lüdike und Mund (L.) bekämpfen diesen Antrag mit den fahndenscheinlichsten Ausreden. Der Antrag wird dann an die Straßenbahn-Deputation verwiesen. Ferner lag eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion vor, welche Maßnahmen der Magistrat zu treffen gedenke, um die Kohlenversorgung der Einwohner für den kommenden Winter sicherzustellen. Zur Begründung führte Genosse Stahl aus, daß die Einführung der Kundenlisten und eine Zeiteinteilung der Kohlenkarten dringend notwendig sei, damit nicht diejenigen, die Verbindung hätten, bei jeder Lieferung

zuerst bedient würden. Natürlich sei eine strenge Kontrolle notwendig, damit die Einwohnerzahl nicht — wie im Vorjahre — durch gewaltige Geschwindigkeiten in der Stadtdichte bezogen werde. Auch dem Schleichhandel müsse das Handwerk gelegt werden. Für schnellste Abrolung der Kohlen an die Besteller müßte der Magistrat sorgen, eventuell müßte er eine Freistellung von Soldaten zu diesem Zwecke bewirken. Redner wünscht zum Schluß, daß dem Gesuch der Ortsgruppe des Bundes der Kriegsverwundeten Rechnung getragen werde, den Amputierten und Reinkranken, sowie sonstigen Schwerverwundeten die Kohlen ins Haus zu liefern. — Stadtkammer Weber teilt mit, daß die Belieferung der Stadt, die im Vorjahre nur 60 Proz. des ihr zustehenden Quantums erhalten habe, dieses Jahr besser werde; man könne mit 75 Proz. rechnen. Die Kundenlisten würden wahrscheinlich am 1. Oktober eingeführt werden. Dem Gesuche der Kriegsverwundeten soll entsprochen werden. — Zu der Vorlage der Genossenschaft „Eigenheim“, städtisches Gelände an der Riederneudorfer Allee in der Größe von 10 000 Quadratmeter zum Preise von 250 M. pro Quadratmeter zu verkaufen, erklärt Stadtr. Mund (L.), daß durch den Bau von Eigenheimen die Wohnungsnot nicht im geringsten gemindert werde. Der Militärklub habe die Aufgabe, Wohnungen zu bauen für die Arbeiter, nicht für die Stadt. Unter 6 M. pro Quadratmeter dürfe dieser Genossenschaft das Gelände nicht überlassen werden. Die Stadtratsmitglieder Lüdike und Kuppke äußern sich in ähnlichem Sinne. Der Oberbürgermeister und vor allem Stadtbaurat verteidigen die Vorlage gegenüber dem Ansturm der Hausbesitzer. Unsere Fraktion gab die Erklärung ab, daß sie jede Bestrebung unterstütze, die dem herrschenden Wohnungsmangel Abhilfe schaffen könne. Allerdings seien wir der Auffassung, daß derartige Wohnungsbauten in eigener Regie ausgeführt werden müßten. — Die Angelegenheit soll in einer siebengliedrigen Kommission weiterberaten werden.

Bankw. Kunsthonig. In den bekannten Geschäften gelangt gegen Abtrennung des Bezug- und Quittungsabschnittes 85 von der gemeinsamen Lebensmittelkarte 250 Gramm Kunsthonig zum Verkauf. Die Militärurlaubler erhalten die Ware nur gegen Vorlegung des Urlaubspasses und gegen Abtrennung des Bezug- und Quittungsabschnittes 3 von der Lebensmittelkarte für Militärurlaubler der 28. Woche. Der Preis beträgt für 500 Gramm in Paketen 75 Pf., für 250 Gramm lose 37 Pf.

Reinickendorf, Gemeindevorsteher-Sitzung. Das Projekt der Erbauung einer Schnellbahn (Hochbahn) im Anschluß an die Schnellbahn „Reinickendorf-Grünau“ gewinnt greifbare Gestalt. Die Gemeindevorstellung beschloß in ihrer letzten Sitzung, den von einer Kommission in Uebereinstimmung mit der Direktion der Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn, die die Anschlußstelle bauen will, vorbereiteten Vertragsentwurf zu genehmigen und ihn der genannten Gesellschaft als Vertragsentwurf zu unterbreiten. Die Gemeinde übernimmt nach diesem Vertrage einen ansehnlichen Betrag (3 Millionen Mark) des um 11 Millionen Mark zu erhöhenden Aktienkapitals. Den übrigen Teil des benötigten Kapitals wollen die jetzigen Besitzer der Reinickendorf-Liebenwalder Eisenbahn, das sind die Provinz Brandenburg und der Kreis Riederbarnim, daneben aber auch die A. G. B., aufbringen. Die Mehrheit der Aktien befindet sich in Händen der genannten öffentlich-rechtlichen Korporationen. Durch die Beteiligung der Gemeinde Reinickendorf wird diese Mehrheit noch verstärkt. Gegen den Vertrag stimmten nur die „Unabhängigen“, deren Vorsitzender Konstanty erklärte, die Gemeinde habe kein Interesse am Bau der Schnellbahn, dieser müsse eventuell der Initiative des Privatkapitals überlassen bleiben. Weiter beschäftigte sich die Gemeindevorstellung mit dem Verkauf des den Gemeinden Reinickendorf, Rosenthal, Wittenau und Tegel gehörigen Krankenhauses an den Kreis Riederbarnim. Unsere Genossen stimmten dem Übergang des Krankenhauses an den Kreis zu, nachdem derselbe der Gemeinde Reinickendorf zugefallen, bei deren eventuellen späteren Ausscheiden aus dem Kreise das Krankenhaus zum jetzigen Fernerpreise zurückzuerwerben zu können. Auch hiergegen stimmten allein die „Unabhängigen“.

Lebensmittel. Auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 200 Gramm Teigwaren II und auf Abschnitt 44 derselben Karte 100 Gramm Grütze abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich den 15. zu erfolgen. Die Ausgabe der Ware findet am 19. im Depot, Kopenagener Straße, statt, und zwar von 7 1/2 bis 12 Uhr für den örtlichen und von 1-4 Uhr für den westlichen Kreisteil. Verkaufspreis für 200 Gramm Teigwaren II 25 Pf., Pfundpreis 62 Pf., und für 100 Gramm Grütze 8 Pf., Pfundpreis 25 Pfennig.

Aus aller Welt.

Schwere Grippe-Epidemie in der Schweiz.

Bern, 11. Juli. Nach Mitteilungen des Pressebureaus des Armeehabes sind bis zum 9. Juli in der schweizerischen Armee 6800 Erkrankungen an spanischer Grippe vorgekommen. Die weitaus meisten Erkrankungsfälle fallen auf infektiöse Grippe. Bis zum 9. Juli ereigneten sich 24 Todesfälle, darunter ein Arzt und zwei Sanitätskolonnen. Unter der Zivilbevölkerung forderte die Krankheit bisher mehrere Opfer, in einer einzigen Ortschaft ließen 100 englischen Internierten sich sechs Fälle tödlich verlaufen.

Cholera in Moskau.

In den an der Wolga gelegenen Gouvernements nimmt die Cholera-Epidemie sehr zu. In den letzten Tagen ist auch in Moskau der erste Fall von Choleraerkrankung konstatiert worden.

Briefkasten der Redaktion.

M. R. Dem Sohne fällt die Gedächtnisfrage an, Sie und Ihre Kinder haben keinen Erbanspruch. — D. W. Koblenz. Sie werden sich gebildet müssen, bis Termin zur Handverhandlung stattfindet. Das geht nicht so schnell, wie der Beschuldigte es sich oft wünscht. Wir können in der Sache nicht unternehmen. L. S. 7. Mit Ihren Fragen wenden Sie sich am besten an den Landarbeitsverband, Berlin SO, Michaelstraße 1, II. — P. W. 1900. Am 8. Juni 1900. — C. L. 32. Nähere Auskunft erhalten Sie bei der Zehlfelder Neumann in Remden. — W. S. 100. Die Adresse ist: „Gommetius-Verlag Berlin W 30, Rehrstr. 8.“ — R. S. 42. Die Geschäftsstelle des Vereins der Freibauer für Feuerbehaltung ist: Hermann Müller, Berlin NW 23, Cyprianer Str. 15. — P. S. 65. Ihren Brief, wie gewünscht, weitergegeben.

Wasserstandsnotizen der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station name, Date, Water level (cm), and another date. Includes stations like Memel, Vregel, Weichsel, Ober, Warthe, Neße, Elbe, etc.



**Deutsches Theater.**  
Mit Max Pallenberg  
8 Uhr: Familie Schimek.  
Sonntag: Familie Schimek.  
Montag: Familie Schimek.  
**Kammerspiele.**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Inkognito.** (Operette.)  
**Volksbühne, Th. A. Sölowpl.**  
Heute, Sonnt. Mont. 7 1/2 Uhr:  
Letzte 3 Aufführungen  
**General York.**  
Ab Dienstag:  
Sommerstraßentraum.

**Theater des Westens**  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Leopoldine Konstantin in**  
**Die Tänzerin.**  
Dir. G. Meinhart - R. Bernauer.  
Theater 1/2 Königgrätzerstr.  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
**Komödienhaus**  
8 Uhr: Die Zarin.

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Blüthenblaues Blut.  
**National-Theater**  
7 1/2 Uhr: Cöpenicker Str. 68 7 1/2  
Noch nie dagewesener  
**Lacherfolg!**  
**Mänschen.**

Militärhumoreske in 3 Akten.  
Musik von Walter Bromme.  
**Theater der Friedrichsmit.**  
Ecke Friedrich- u. Lipionstr.  
Telephon: Norden 8650.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Die erste Geige.**  
Sonnt. nachm. 3 1/2, kleine Pr.:  
Jugend.

**Admiralspalast.**  
Die Prinzessin von Traganj  
Sajdah  
Deutsche Tänze  
7 1/2 Uhr: 2, 3, 4, 5, 6 M.

Th. i. d. Frankfurter Allee 318.  
Der Riesenerfolg des Thalia-  
Theaters über 800 Male!  
**Pappchen.**  
(Du bist mein Augenschein...)  
Ges.-P. i. 3 Akt. v. Jean Kren  
u. Kurt Kraatz. Mus: Gilbert.  
Anfang 8 Uhr, 7 1/2 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Senta Bühne.

**DER „HIAS“**  
Tägl. 7 1/2 Uhr abends  
Hiesig-Erfolg.  
Morg. Sonnt. 2 Auführ.  
7 1/2 und 7 1/2 Uhr.  
**Walhalla-**  
Theater, Weinbergsweg

**Theater** Hochsch. I. Musik,  
Hardenbergstr.  
18. Juli, 7 1/2 Uhr:  
Die Siebzehnjährigen.  
Schauspiel von Max Dreyer.  
Kart. 2-6 Worth. - Kastellan.

**Berliner Prater-Theater**  
Kaffienallee 7-9.  
Täglich 5 Uhr in vollständig  
neuer Bearbeitung:  
**Im Wolftanzameter.**  
Große Rollen-Rolle in 5 Bildern  
Dazu die großart. Spezialitäten

**Rose-Theater.**  
Tägl. Die Prinzessin vom Nil.  
7 1/2 Uhr.  
Gartenb.: Bitte recht freundlich!

**Reichshafen - Theater.**  
**Stöttiner Sänger**  
Anfang 7 1/2  
Ab 18. 7. bis 31. 7.  
Gastspiel der Leipziger  
Siedel-Sänger.

**Trianon-Theater**  
F. d. Friedrichstr. Ztr. 4027, 2301  
23 U. Zum 310. Male: **Der**  
**Lebensschüler.**  
Heute nachm. 7 1/4 Uhr kl. Pr.:  
**Schneewittchen.**  
Sonntag 4 Uhr: Hedda Gabler.

**SARRASANI**  
Zirkus-Busch-Gebäude.  
Tägl. 7 1/2, Sonntag 3 u. 7 1/2.  
**Das gewaltige**  
**Massen-Manege-**  
**Schauspiel**  
"Torpedo - los!"  
9 fesselnde Bilder.  
Die gr. artistisch. Nummern:  
Formell, Bambusk, Reiter-  
tänze, Massenohre.  
Der Radfahrer auf dem Seil  
in schwindelnder Höhe unter  
der Zirkuskuppel.  
Sonntag 2 gr. Vorst. nachm.  
ungek. Abendst. Vorverk.  
Zirkuskasse, A. Wertheim.

**Theater für Sonnabend, 13. Juli.**  
**Central-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Csarinasflur.  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Die schöne Helena.  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Kleines Theater**  
8 Uhr: Aristid und seine Fehler  
mit Bassermann.  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldbüchel.  
Sonnt. 3 1/2 U.: Die Kinokönigin.  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

**Lastspielhaus 7 1/2 Uhr:**  
Die blonden Mädels v. Lindenhol  
**Neues Operettenhaus**  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Flimmer-Klärchen.  
**Schiller-Th. Charl.**  
7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde  
Theater am Nollendorfsplatz  
3 1/2 Uhr: Martha. (Oper.)  
7 1/2 Uhr:  
*Sous-chef*

Schluss der Ausstellung 17. Juli.  
**Verin für das**  
**Deutschtum**  
**im Auslande**  
**Land- & Ostland-Ausstellung**  
Kgl. Akademie  
der Künste  
Pariser  
Platz 4  
Geöffnet  
10-7  
Eintritt 1 M., Sonntag bis 2 Uhr u. Montag 2 M.

**Neukölln** Weserstraße  
Ecke Rütlistr.  
5 Minuten vom Hermannplatz.  
**Nur noch 2 Tage.**  
**Heute Sonnabend**  
**Morgen Sonntag**  
**je 2 Vorstellungen**  
um 3 1/2 und 7 1/4 Uhr.  
**WILHELM**  
**HAGENBECK**  
Auch zu allen Nachmittagsvorstellungen kommt  
der gesamte ungekürzte Abendspielplan  
zur Aufführung.  
**LOESET RECHTEITIG IM VORAUS**  
**DIE ENTRITTSKARTEN.**  
**RIESENZIRKUS SPIELPLAN**  
VON  
**21 SCHLAGERNUMMERN.**  
Vorverkauf: Hagenbecks Zirkuskasse ab 10 Uhr  
vormittags und Warenhaus Joseph & Cie.,  
Berliner Straße, Neukölln, Telephon 2105.

**Kabarett Tivoli**  
Bunte Vorträge  
Spielfolge vom 1.-15. Juli:  
Alois Krämer, Alice Dorville, Runkel-Rappo's  
komische Spiele, Walter Steiner, Marzella  
Veily, Carl Eperay, Krämer-Wolff.  
Täglich zwei Kapellen.  
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
Fernspr.:  
Kottbuser Damm 95  
Moritzpl. 14553

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Osten  
Butter, Eier, Käse  
P. H. Ackermann, 8 Filialen  
Mehlmahlung  
Königsberger  
Joh. Pietsch  
Photograph. Ateliers  
Lk. O. Zentke, Andreas-  
Str. 20 & Andreasplatz  
Warenhäuser  
Königsberger Warenhaus Max Fleimling  
Alt-Straße 11, Vorv.-Los. Ark. 5 1/2

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Norden  
Drogen, Farben  
Bendendorff, Rosa Fischer, 33  
Lank-Schindlerstr.  
Fleisch- u. Wurstw.  
Wisker-  
Gutschmanns Contr. Nr. 133.  
Kolonialwaren  
Streitweber  
M. Saagebarth  
Möbelmagazin  
Schloßkammerstr. 97  
Wiese & Co. Tischlermeister

**Möbel**  
Günstigste Kaufgelegenheit  
Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer  
Reizende moderne bunte Küchen  
Große Auswahl - mäßige Preise  
Bar - Zahlungsverleicherung  
**Neugebauer, Charlottenburg,**  
Wilmerdorfer Str. 128 I, Ecke Schillerstraße

Der Verionungs 356, der  
legt 8.47 normittags von Berlin  
Kolb. 361. abfährt, wird früher  
geleitet und verkehrt dom 15. Juli  
d. 36. ab in folgendem Fahr-  
plan:  
Berlin Gottd. 361. ab 8.30  
normittags, Potsdam ab 9.05,  
Charlottenhof 9.12, Biltzpark  
9.17, Herder 9.27, Großkreuz  
9.41, 361. 9.48, Brandenburg  
10.06, Kirchdamer 10.22, Groß-  
kreuzer 10.30, Raderstraße  
10.40, Genthin 10.53, Bergzow-  
buschen 11.08, Gfien 11.14,  
Burg 11.29, Mier 11.42, Ger-  
witz 11.50, Biederitz 11.56,  
Wagberg Renckab 12.07,  
Wagberg Ost. 12.21, Wagberg  
Sudau 12.27, Dödenhof  
12.39, Osterweddingen 12.45,  
Langenweddingen 12.52, Blum-  
menderg 1.01, Radmerliden  
1.18, Döberitz 1.23, Gorchow  
1.30, Crottorf 1.36, Rensagen  
1.42, Gr. Duenstedt 1.51, Halber-  
stadt am 2.01. [202/14  
Königl. Eisenbahndirektion  
Wagberg.

**Norddeutsche Gemü-**  
**bau-Genossenschaft**  
e. G. m. b. H.  
Junge frische  
**Möhren**  
und  
**Schoten**  
(unter Höchstpreis)  
in den  
**Verteilungststellen.**  
Geöffnet täglich 9-12 und  
4-7, Sonntag 8-10.  
Häcker Str. 78 (Ecke Scharstr.),  
Kaufr. 49 (Röhe Bahnhofs),  
Bachstraße 3 (beim Kirchom-  
stranfenhaus),  
Wilhelmshöfener Str. 70  
(Rohst.),  
Rohdenberger Straße 4  
(Schöndauer Allee),  
Christburger Straße 2,  
(Preussener Allee),  
Vetereburger Straße 4a  
(Frankfurter Allee),  
Vergahener Str. 19 (Röhe  
Barthauer Straße),  
Kottbuser Straße 18 (Röhe  
Vogelhof),  
Vergahenerstraße 21,  
Kurtfischerstraße 148 (Röhe  
Waldamer Straße),  
Wilmersdorfer: Weystr. 38,  
am Ringbahnhof,  
Charlottenburg: Weidener-  
straße 1 (Eck. Savigniplatz),  
Knobelsdorferstr. 50 (Röhe  
Sophie-Charlotte-Platz),  
Neukölln: Kaiser-Friedrich-  
Straße 15. 79/16\*  
Neue Mitglieder können  
noch aufgenommen werden. Nur  
private Verbrauch. Zwischen-  
handel ausgeschlossen. Mehreres  
in den Verteilungstellen  
während obiger Geschäftsstunden  
und im Verwaltungsbureau  
der Norddeutschen Gemü-  
bau-Genossenschaft, Burg-  
straße 27, III. Stod, Zimmer 76  
(h. Jurtus Busch), tägl. u. 10-7.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Westen  
**Gelegenheitskaufe**  
Hud. Flatauer, Alt-Straße 110  
Spandau  
**Paul Gaege** Fleisch und  
Wurstwaren  
Bredstr. 57, Schönwalder-  
str. 1374, Pichelsdorferstr. 11  
Haus- und Küchengeräte  
**Hermann Finck**  
Küchenwaren, Schönwalderstr. 57,  
A. Markgraf, Hildersdr. 11, Eck.  
Jägerstr. Lang. Str. Fernst. Baum-  
g. Ad. Tornow Markt 10, geg. 1852.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Süden  
**Fleisch- u. Wurstw.**  
**Paul Müller, Priesenstr. 22.**  
Schmidstr. 10, Kolonnenstr.  
**Job. Pietsch, Gneisenstr. 97.**  
Uhren, Goldwaren  
S. Feaste, Kottbus-Damm  
Streng real, anerkannt bill.

**Neukölln**  
**C. Dittmann**  
Berlinerstr. 45  
Wid - Geflügel - Fleisch.

**Glaschen** bel. 7/8 - Liter-  
Kleinglaschen  
kauft Portner, Berntzer Str. 7.  
Abnahme 8-2. 26758\*

Ziehung schon am 20. Juli  
**Jubiläums-Lotterie**  
Gesamtw. d. Gewinne Mark  
**100 000**  
Haupt-  
gewinn:  
**50 000**  
Lose zum Originalpreis v. 3 M.  
Postgebühr und Liste 45 Pf. außerdem.  
10 Lose in feiner Banknotentasche für 30 M.  
einschließlich Postgebühr und Liste  
noch zu haben in der Glückskollekte  
**Gustav Haase Nehfg.,**  
Inh. H. Schwarz,  
Berlin,  
NO 45, Neue Königstr. 26 u. SO 16, Nanderstr. 38.

**Prachtstücke (Modelle Kostüme)**  
Herbst-Kostüme 150,-, 180,- usw. Seiden-Kostüme 165,-, 198,- usw.  
**Imprägnierte Mäntel**  
aus **Regenschirmseide!!!**  
Entscheidende Glockenform 150,-, 185,- usw. Seid. Gummimäntel 110,-, 135,- usw.  
**Plüschmäntel**  
**Astrachan-Pelzmäntel**  
Fantasieform 280,-, 350,- usw. Echter Seide mit gr. Edelmarkeder. 2400,-  
**Röcke** Seiden, Stoff 50,-, 68,- usw. **Pelz.** Seid-Electric u. Diamantseide 1500,-  
**Westmann,**  
1. Geschäft: Berlin W.,  
Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO,  
Gr. Frankfurter Straße 115.  
Sonntag geöffnet 8-10 Uhr.

**Allgemeine**  
**Ortskrankenkasse**  
für den Stadtbezirk  
**Cöpenick.**  
Der vom Vorstand am 28. Mai  
h. A. und in der außerordent-  
lichen Mitgliederversammlung  
am 12. Juni d. J. beschlossene  
III. Nachtrag zur Kassenlage,  
Kendierungen der §§ 19, 20,  
33, 48 und 72, die durch Be-  
schluss des Versicherungsamts  
Cöpenick vom 5. Juni d. J.  
auf Grund der Erklärung der  
Leistungsfähigkeit der Kasse ge-  
mäß § 301 der R.-V.-O. sofort  
in Kraft gesetzt waren, haben  
unter dem 28. Juni 1918 die  
Genehmigung des Königl.  
Oberverwaltungsamts Groß-  
Berlin erhalten. 268/11  
Druckeemplare der neuen  
Bestimmungen sind von heute  
ab im Kassenschatz zu haben.  
Cöpenick, den 11. Juli 1918.  
Der Vorstand,  
Otto Ridel, Br. Narden,  
Borsigender, Schriftföhret.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laabs**  
bei Lähm., gründl. mögl.  
Schmerzlos u. ohne Berührung.  
Geschlechtskrankheit, geheime  
Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
Schwäche, Exprobierte Methoden  
Harn- und Blutuntersuchung.  
Königstr. 34/36, Bahnhof  
Epr. 10-11.5-8, Sonnt. 10-1

**Unentbehrlich**  
für jeden Haushalt, Be-  
amten, Arbeiter und  
Bierbediener ist meine  
**Hand-Näh-Ahle**  
„Einzig“  
D. R. G. M.  
Jeder sein  
eig. Schiller  
u. Schüller.  
Sie nützt  
Stichtische  
wie die Na-  
ähle. Man  
kann Schuh  
Gehäuse,  
Hörde- u.  
Wagenfel-  
sättel, Zech-  
riemen, Schu-  
ranlagen, Lor-  
nister, Heile-  
falschen, Segel-  
tuch, sowie alles  
nur denkbare  
Ueberzeug selbst  
nützen. Nicht zu  
verwechseln mit  
anderen min-  
derwert. fabri-  
katen. Preis 3  
Stück mit 3  
verschiedenen  
Nadeln u. 4.50  
haben 2. 8.50  
3 St. nur 16.-  
4 St. nur 18.-  
Porto u. Verpackung frei.  
Und send nur gegen Vor-  
einsendung des Betrages.  
Verlehdhaus  
Georg Boh, Strahburg i. L.  
Saargemünder Str. 40.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Hasché,**  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadtbanh.  
Behandl. von Syphilis, Haut-  
Garn-, Frauenleiden, spez.  
chron. Fälle. Schmerzlos, längste  
Behandlg., ohne Berührung,  
Blutuntersuchung, Wäh. Preise  
Teilzahlung, Sprechstunden 11  
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Heiraten**  
nicht ohne Bettfedern  
P. Paegelow, Wriezen a. O. Meine  
Bettfedernfabrik bietet gr.  
Ausw. i. 60 versch. Sorten v. d.  
billigsten b. allerfeinst. Qual.  
**Erfinder**  
Patent, Gebrauchsmatr. - Numel-  
dung, Verwertung, Patentbüro,  
Berlin O, Königstr. 64. Zit. 7608.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Hasché,**  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadtbanh.  
Behandl. von Syphilis, Haut-  
Garn-, Frauenleiden, spez.  
chron. Fälle. Schmerzlos, längste  
Behandlg., ohne Berührung,  
Blutuntersuchung, Wäh. Preise  
Teilzahlung, Sprechstunden 11  
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Heiraten**  
nicht ohne Bettfedern  
P. Paegelow, Wriezen a. O. Meine  
Bettfedernfabrik bietet gr.  
Ausw. i. 60 versch. Sorten v. d.  
billigsten b. allerfeinst. Qual.  
**Erfinder**  
Patent, Gebrauchsmatr. - Numel-  
dung, Verwertung, Patentbüro,  
Berlin O, Königstr. 64. Zit. 7608.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter - Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unser Kollege, der  
Waldhimerarbeiter  
**Karl Kremser**  
Liebenwalder Str. 32  
am 10. Juli gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 13. Juli,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Sankt-Jo-  
hannes-Kirchhofs in Pflügen-  
see aus statt.  
Um rege Beteiligung wird er-  
wartet.  
179/3  
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Waldh.-Schloffer  
**Paul Renner**  
Brannenstr. 97  
am 6. Juli gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 16. Juli,  
nachmittags 4 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Rege Beteiligung wird er-  
wartet.

**Nachricht.**  
Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Schloffer  
**Martin Behnke**  
Oberberger Str. 21  
am 5. Juli gestorben ist.  
Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Mechaniker  
**Friedr. Bollmann**  
Berliner Str. 5  
am 8. Juli gestorben ist.  
Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Schloffer  
**Hermann Glogner**  
Güter Str. 37  
am 2. Juli gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
115/1 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Mechaniker  
**Friedr. Bollmann**  
Berliner Str. 5  
am 8. Juli gestorben ist.  
Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Schloffer  
**Hermann Glogner**  
Güter Str. 37  
am 2. Juli gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
115/1 Die Ortsverwaltung.

**Volks-**  
**Feuerbestattungs-**  
**Verein Groß-Berlin**  
1918  
Am Sonnabend, den  
6. Juli, verstarb unser Mit-  
glied  
**Paul Renner**  
Brannenstr. 97.  
Die Einäscherung findet  
am Montag, den 16. Juli,  
nachmittags 4 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt. 300/14  
Am Sonntag, den 7. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Frieda Mißler**  
Berlstr. 7.  
Die Einäscherung findet  
am Montag, den 15. Juli,  
nachmittags 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Am Dienstag, den 9. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Anna Bretzke**  
Gledowicest. 39.  
Die Einäscherung findet  
am Mittwoch, den 17. Juli,  
nachm. 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Friede ihrer Seele!

Am Sonntag, den 7. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Frieda Mißler**  
Berlstr. 7.  
Die Einäscherung findet  
am Montag, den 15. Juli,  
nachmittags 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Am Dienstag, den 9. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Anna Bretzke**  
Gledowicest. 39.  
Die Einäscherung findet  
am Mittwoch, den 17. Juli,  
nachm. 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Friede ihrer Seele!

Am Sonntag, den 7. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Frieda Mißler**  
Berlstr. 7.  
Die Einäscherung findet  
am Montag, den 15. Juli,  
nachmittags 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Am Dienstag, den 9. Juli,  
verstarb unser Mitglied  
**Anna Bretzke**  
Gledowicest. 39.  
Die Einäscherung findet  
am Mittwoch, den 17. Juli,  
nachm. 5 Uhr, im Krem-  
atorium Gerichtsstr. 37/38  
statt.  
Friede ihrer Seele!

**Verband**  
der Lithographen, Stein-  
drucker und verw. Berufe  
(Deutsch. Senefelder-Bund).  
Unseren Mitgliedern machen  
wir hierdurch die traurige  
Mitteilung, daß der Kollege,  
Anspickdrucker  
108/11  
**Reinhold Schreiber**  
am 9. Juli plötzlich an doppel-  
seitiger Lungenerkrankung  
verstorben ist.  
Ein ehrendes Andenken  
ist ihm gesichert.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juli, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Parier-  
dorfer Gemeinde-Friedhofes  
aus statt.  
Um recht rege Beteiligung  
erzucht Die Verwaltung.

**Daufigung.**  
Für die innige Anteilnahme  
bei der Beerdigung meiner lieben  
unvergesslichen Frau  
**Martha Wachsmuth**  
sage ich allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten meinen  
besten Dank. 64/1  
**Franz Wachsmuth,**  
Neukölln, Güter Str. 22.



Der lebendige Kunstarm.

Bei dem Verlust von Gliedmaßen ist unzeitig derjenige der Arme und Hände am meisten zu beklagen. Auch die Beine sind gewiß wichtig. Aber man ist ohne Arme und Hände hilfloser, als wenn das Geben behindert oder unmöglich gemacht ist; denn diese sind es vor allem, die zum Arbeiten und zum Erwerb dienen. Selbst derjenige, der geistige Arbeit verrichtet, braucht die Hände beispielsweise zum Schreiben. Darum hat sich aus Anlaß des Krieges die Technik eingehend mit der Herstellung künstlicher Arme und Beine beschäftigt. Es kann eben nicht jeder mit einem einzigen Arm auskommen, wie das Graf Jago gelernt hat, der darüber ein lehrreiches Büchlein schrieb. Der Verein deutscher Ingenieure hat durch ein Preiswettbewerb die verschiedensten erfindungsreichen Kräfte mobil gemacht, und wir können heute Kunstarme, die wirklich mit einem gewissen Recht als „lebendig“ bezeichnet werden dürfen.

Das Fehlen eines Armes oder gar beider entsteht unzeitig den Menschen, und man hat darum früher vielfach sogenannte „Schönheitsarme“ geschaffen, die zwar nicht gerade zum Arbeiten taugen, die aber doch den hässlichen Mangel einigermaßen verbergen. Bisweilen haben solche Arme, die man etwa in chirurgischen Geschäften kauft, auch eine gewisse Beweglichkeit. Es läßt sich wohl der Daumen durch einen von außen auf ihn ausgeübten Druck einbiegen und feststellen, so daß die Hand irgend einen leichtesten Gegenstand zu halten vermag. Man hat derartige Arme oder Hände trefflich als „passive“ bezeichnet. Uebrigens hat man schon vor längerer Zeit solche passiven Hände, die also von einer gesunden Hand eingestellt werden müssen, angefertigt. Es sei nur an die kunstvoll ausgeführte eiserne Hand des Göt von Verdingen erinnert.

Vielmehr hat man sich auch mit äußerst rohen und einfachen Ersatzstücken für die Hand begnügt. Soll etwa jemand befähigt werden, mit dem rechten Arm eine Schreibmaschine zu betätigen, während die Rechte fehlt, so befestigt er wohl eine Kuffe oder Manschette am Armstumpf, die einen starken gehobenen Draht trägt, der in eine Kugel ausläuft. Auf solche Weise endigt dann der Arm statt in eine Hand mit einem Hammer, der zum Niederdrücken von Tasten benutzt werden kann. Oder man schnallt irgend eine Manschette oder einen Haken an, mittels denen sich bestimmte Arbeiten verrichten lassen.

Es ist wohl klar, daß man mit derartigen Vorrichtungen nicht zufrieden sein konnte. Tatsächlich sind wir heute schon viel weiter auf dem Gebiete des Arm- und Beinersatzes fortgeschritten. Oft wird der „Carnes-Arm“ an erster Stelle genannt. Aber wir Deutschen brauchen dem amerikanischen Geschäftsmann nicht den Ruhm, ja lassen, daß der Gedanke dieses künstlichen Gliedes aus der Fremde komme. Es steht hier wohl ähnlich wie hinsichtlich des Fernsprechers. Als dessen „Erfinder“ bezeichnet man gewöhnlich den Amerikaner Bell, während der Deutsche Reis den Weg gefunden und gewiesen hat, auf dem man zur Uebersmittlung von Tönen und Lauten kommt. Nicht vergessen werden darf in der Technik der künstlichen Arme und Hände der Berliner Chirurgie-Mechaniker Paul Ballif, der schon um 1830 eine Kunsthand schuf, die man zu den „aktiven Gliedern“ rechnen kann. Allerdings mußte seine Erfindung noch vervollkommen werden. Und das ist dem Amerikaner gelungen, dessen Verdienste gewiß nicht geschmälert werden sollen. Die Carnes-Compagnie macht daraus gute Geschäfte, und es empfiehlt sie, daß die Carnes-Arme meist von Einarmigen hergestellt werden, die selbst mit solchen Armen ausgerüstet sind. Carnes hat als fähiger Geschäftsmann natürlich nicht verkannt, auch deutsche Patente auf seine Erfindung zu nehmen. Man hat aber in ehrenvoller Weise von Deutschland aus seine Rechte gekauft, so daß der Carnes-Arm jetzt auch bei uns hergestellt werden darf. Nicht weniger als 800 000 M. hat die Erwerbung dieser Rechte gekostet.

Beim Ballif- und beim Carnes-Arm, sowie bei einigen anderen, die wir alsbald nennen werden, ist nun im allgemeinen die Einrichtung getroffen, daß die Bewegungen der künstlichen Teile abgeleitet werden von Bewegungen der Schulter, des Rumpfes bzw. des Oberkörpers, und bei Einarmigen wohl auch von solchen des gesunden Armes.

Der Arm wird mit einem Gefährt von Gurten am Oberkörper des Besetzten befestigt, und von da aus erfolgt dann die Bewegung der toten Teile mit verschiedenen mechanischen Mitteln. Die Muskeln werden, wie sich leicht denken läßt, durch Schläuche vertrieben. Besonders in der Hand finden sich dann aber noch feinere Vorrichtungen zur Uebersetzung von Bewegungen. Schneden, Zahngetriebe, Federn und Stangen kommen dazwischen zur Anwendung. Alle besseren Kunstarme ermöglichen ein Drehen der Hand und ein Greifen mit den Fingern. Beim Carnes-Arm stoßt der Daumen fest, während sich die Finger bewegen können. Bei einer anderen Einrichtung stehen umgekehrt die Finger fest, und es bewegt sich der Daumen.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. S. Reynolds.

„Rein, Moritz!“ — sie schüttelte den Kopf und lachte hochhalsig. „Auch lieb hast du mich nicht?“ „Rein, Moritz.“ „Einen schönen Flirt treiben wir hier,“ sagte er, durch den Ton ihrer Antwort aufgeregt. „Unter Verwandten kann man sich das erlauben, weil es doch zu nichts verpflichtet.“ Sie blieb stehen, um einer Bettlerin ein paar Groschen zu geben, die mit einem Kind auf dem Arm an einem Gartengang stand und laut bettete. Moritz schaute höhnisch zu, nahm aber selbst rasch ein Geldstück heraus und gab es der Frau. „Du gibst auch den Armen?“ Sie war ganz verwundert. „Ich habe mir diese barmherzige Operation erlaubt, weil ich zufällig ein falsches Geldstück hatte.“ Er begann herzlich über Melas Entsetzen zu lachen. „Von deinem Jynismus wirst du nie geheilt werden!“ „Ich hab' ja noch Zeit, und wenn ich noch Gelegenheit dazu hätte und so einen Arzt wie dich...“ „Auf Wiedersehen, Moritz.“ „Schade, daß du schon gehst.“ „Mir tut's gar nicht leid. Bist du heut' abend in der Kolonie?“ „Ich weiß nicht, heut' nacht fahr' ich weg.“ „Geh mal vorbei, grüße die Damen von mir und sage Frau Stephanie, daß ich morgen vormittag zu ihr ins Geschäft kommen werde.“ „Schon gut, dafür grüß' du von mir Fräulein Rosa und sage auch dem Müller von mir, daß er ein Idiot ist.“ Sie schüttelten sich die Hände und trennten sich. „Verrückt! Ich würde sie heiraten. Grünspan, Landsberg & Welt, das wäre eine solide Gesellschaft; muß man sich überlegen,“ dachte Moritz und freute sich über die Idee.

VII.

„Was hat Moritz nur heut'?“ dachte Mela, in ein großes, zweistöckiges Eckhaus eintretend, das allgemein Palais Schaja

Der Arm, den uns die Natur mitgegeben hat, ist so vielseitig gestaltet, daß er für den Leichtarbeiter wie für den Schwerarbeiter geeignet erscheint. Beim Kunstarm kann man kaum allen Bedürfnissen zugleich gerecht werden. So sind denn verschiedene Formen entstanden, die bald diesem, bald jenem Zweck dienen sollen. Man hat den Carnes-Arm als denjenigen des geistigen Arbeiters bezeichnet, der nicht gerade schwere Lasten hebt, der aber eine sehr vielseitige Beweglichkeit wünscht. Die Aufgabe, einen Kunstarm für den geistig Arbeitenden, für den sogenannten „Intellektuellen“ zu erfinden, ist tatsächlich schwieriger zu lösen als die, einem Schwerarbeiter die Hände und Arme zu ersetzen. Für Schwerarbeiter empfiehlt sich etwa der „Lannenberg-Arm“, der „Brandenburg-Arm“ und der „Germania-Arm“, mit denen sich die größten Werkstattarbeiten verrichten lassen.

Auf einem ganz anderen Gedanken beruht der „Sauerbruch-Arm“. Bei den oben genannten Armen und Händen müssen gesunde Gliedmaßen in Bewegung gesetzt werden, um jene zu steuern. Das ist natürlich ein Mangel. Was man zwecks Bewegung von Arm oder Hand die Schulter drehen, so ist man zu einer Tätigkeit genötigt, die vielleicht aus anderen Gründen ganz unerwünscht und schmerzhaft ist. Das Notdürftige ist doch, daß man nur das bewegt, was wirklich bewegt werden soll. Und diesem Gedanken ist Professor Sauerbruch nachgegangen. Der Träger seines Armes muß sich einem Eingriff in den Armstumpf unterziehen, was manchen abschreckt. Durch die geschickte Hand des Arztes werden nämlich die Muskelfasern, sofern sich solche noch im Armstumpf befinden, mit Eisenfäden verbunden, an denen dann Schnurzüge befestigt werden, die zum Regieren von Arm und Hand dienen.

Die Technik hat die zurichtbaren Waffen des Krieges erfunden. Sie leistet Sühne, wenn sie dem Kriegsbeschädigten die verlorenen Glieder wieder schenkt.

Wie der Türke wirklich ist.

Die Bahn gegenseitigen Verständnisses sucht der Professor an der Konstantinopeler Universität Dr. Ahmed Emin in Ausführungen zu eröffnen, die im neuesten Heft der Monatschrift „Die Islamische Welt“ wiedergegeben werden. Er wendet sich vor allem gegen irrtümliche Auffassungen, die man in Deutschland vom türkischen Wesen häufig hat.

Man stelle sich, so meint er, in Deutschland unter dem Begriff Türkei oft ein Märchenland vor, in dem vieles anders vor sich gehen muß, in dem wirtschaftliche und soziale Faktoren andere Resultate bringen, in dem es ein Sein, aber kein Werden gibt. Man hat daraus Schlüsse gezogen über die besondere Fortschritt, mit der man die Türken behandeln soll. Wenn der Türke dann Verdacht schöpft und unwillig wird, so schließt man weiter auf seine Empfindlichkeit. Die Türkei ist kein Märchenland, sie ist aber auch nicht ein ganz modern aufgeklärtes und modern arbeitendes Land. Sie ist ein Land, das wegen seiner Lage, seiner gemischten Bevölkerung und des ungünstigen Druckes von außen in den letzten Jahrhunderten hinter seiner Zeit zurückgeblieben mag, aber in einem raschen Prozeß der Bewegung begriffen ist. Es ist noch vieles da, was einen Europäer, der an einen bestimmten Gang der Dinge gewöhnt ist, unzufrieden und ungeduldig macht. Diese Unzufriedenheit liegt aber an der oberflächlichen Betrachtungsweise, von der sich viele leiten lassen. Sie halten sich nämlich vor Augen, wie alles in ihrem eigenen Lande ist, und wie alles nach ihrem Begriff sein soll. Wenn sie das in der Türkei nicht wiederfinden, erscheint ihnen die Lage als trübsalig. Wenn sie aber objektiv sein könnten und in Betracht zögen, wie alles in der Türkei war, und wie es in kurzer Zeit geworden ist, würden sie einen ganz anderen Eindruck gewinnen.

Ein zweiter Fehler, den man oft macht und der das Verständnis für die Türkei erschwert, ist die Ansicht, daß die mohammedanische Religion ein alleinherrschender Faktor im türkischen Leben ist, dem sich alles pünktlich zu unterwerfen hat. In dieser Hinsicht müßte man doch bedenken, daß die modernen, jeden blinden Glauben zerlegenden Einflüsse auf die mohammedanische Religion ebenso wirken müssen wie auf jede andere Religion. Es gibt heute unter den Türken wie anderwärts völlige Freidenker, dann Leute, welche der Religion gegenüber gleichgültig sind, Leute, welche Glauben und Wissen in Einslang miteinander zu bringen suchen, und schließlich fromme Gläubige. In der letzten Zeit ist, wie ja jede Uebergangsperiode eine Reaktion gegen Althergebrachtes mit sich führt, eine zersetzend wirkende Strömung gegen die Religion bemerkbar. Das kann gefährlich werden, weil nicht genug Faktoren an der Arbeit sind, welche die Religion erhalten und zur weiteren Festigkeit des sozialen Lebens beitragen können. Dieser Gefahr ist man sich aber schon bewußt und kämpft dafür, einen idealisierenden Glauben in irgendeiner Form aufrechtzuerhalten.

Was den türkischen Sozialismus anbelangt, den man gewöhnlich als Begleiterscheinung des Islams betrachtet, so ist er nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit dem Wemisch von

schlechten wirtschaftlichen Zuständen, festem Glauben und primitivem Bildungsgrad zusammenhängt. Ebenso sind andere Erscheinungen des türkischen sozialen Lebens, darunter die Form der Ehe und das Familienleben, dem wandelnden Einfluß der Zeit unterworfen. Daß der Türke ein Freudenhasser ist, trifft nicht zu. Im Gegenteil hat er eine zu große Schwäche für die Fremden und allem Fremden gegenüber. Es ist aber wahr, daß man nach den bösen Erfahrungen, die man mit der ausländerfeindlichen Politik der Fremden gemacht hat, etwas zu vorsichtig geworden ist.

Wieviele Fachzeitschriften erscheinen in Deutschland?

Die hochentwickelte Fachpresse Deutschlands gehört zu den besten Einrichtungen, in denen Deutschland führend ist. Wie viele Fachzeitschriften erscheinen eigentlich in Deutschland? Diese Frage hat unlängst Wilhelm Diebener in der Hauptversammlung des Deutschen Verlegervereins beantwortet. Über die das Verzeichnis für den Deutschen Buchhandel“ jetzt Bericht erstattet. Danach bestanden vor dem Kriege in Deutschland 6630 Fachzeitschriften. Ihre Menge war bis dahin dauernd angestiegen; in den 90er Jahren waren jährlich 122 neue Blätter erschienen. Im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts kamen durchschnittlich im Jahre 205 dazu, in den Jahren 1911 bis 1913 je 232. Die technischen Zeitschriften stehen dabei oben; seit 1890 sind 638 neue Blätter dieses Gesamtgebietes erschienen. In dem gleichen Zeitabschnitt von 28 Jahren haben die Blätter aus dem Gebiete des Handels und Verkehrs 461 Neuerwerbungen aufzuweisen, die Rechtswissenschaft 458, Theologie und Philosophie 435, Biologie und Pädagogik 389, Naturwissenschaften und Medizin 361. Die Zunahme der Unterhaltungs-, Frauen- und Jugendzeitschriften beträgt 340; Land- und Forstwirtschaft weisen 308 neue Fachblätter auf, Kunst und Literatur 181, ebensowie Sport, und das Militär und Marine stehen mit 28 neuen Zeitschriften am Ende der Liste.

Mit diesem Reichtum an Fachblättern steht Deutschland an der Spitze aller Kulturstaaten. Wie in allen Ländern sind auch in wirtschaftlichen Gründen auch in Deutschland manche Zeitschriften eingegangen, und zwar sind 1608 dauernd eingegangen, 1171 vorübergehend; dagegen sind 1819 neu gegründet worden. Gegenwärtig erscheinen demnach 1255 Zeitschriften weniger als im Jahre 1914, was eine vorübergehende Verminderung von fast 1/4 bedeutet. Wieviele der vorübergehend eingegangenen Blätter noch dem Kriege wieder erscheinen werden, kann man nicht voraussagen.

Der Turnsaal in der Fabrik.

Die Welt-Gesellschaft in Cleveland, eine der größten industriellen Unternehmungen im Lande, hat einen Turnsaal für die Angestellten eingerichtet, in dem sich alle jeden Tag erfrischen körperlichen Übungen unter der Leitung eines tüchtigen Turnlehrers hingeben müssen. Man will damit eine Verbesserung des körperlichen Zustandes erzielen, die es jedem Angestellten ermöglichen soll, bessere Leistungen zu vollbringen. In erster Linie wurde die Einrichtung für die selbständigen Beamten getroffen, für die Direktoren, Inspektoren, Abteilungsleiter usw. Diese müssen täglich einander morgens oder nachmittags eine Stunde in dem geräumigen Turnsaal der Fabrik zubringen; sie werden für diese Turnstunden bezahlt und dürfen sich während der Stunde nicht mit Geschäften befassen. Für das Verlassen des Turnsaals vor Ablauf der Zeit sind sogar empfindliche Strafen festgesetzt. Die Ergebnisse waren so gut, daß die Firma das System immer weiter, auf alle 6000 Korrespondenten, Buchhalter, Gehilfen, Stenographen und Arbeiter ausdehnen will. Wenn ein sozialistischer Woyzeck dergleichen erkennen hätte, würde wieder das bekannte Mangel aus dem Buchstauslaute, der auch die Vergewaltigungen reglementiert, angeordnet worden sein. Das Reglementieren befragt aber die kapitalistische Willkür so gründlich, daß dem Sozialismus sicherlich eine Vorkierrolle anfallen wird. Neben dem Turnsaal befindet sich eine Duschhalle. Bevor eine Anstellung erfolgt, wird eine ärztliche Untersuchung vorgenommen, und wenn dabei Kardiosität oder eine andere Störung festgestellt wird, so wird der Angestellte behandelt und weiter genau beobachtet; es werden genaue Tabellen angelegt, in denen Gewichtsverlust oder Zunahme bemerkt werden, seine Ernährung wird geregelt usw. Das Alter der Angestellten schwankt zwischen 32 und 48 Jahren, und alle bleiben lange im Dienst der Firma.

Notizen.

— Kunstchronik. Die Ausstellung „Berliner Bildnisse 1848—1918“ in der Berliner Sezession ist bis auf den 31. Juli verlängert worden.  
— Theaterchronik. Das Herrnsfeld-Theater tritt zu einem mehrere Wochen umfassenden Gastspiel demnächst wieder in Berlin ein.

schwarzen, matten Farben bedeckt, die Möbel, die Desampnung der Wände, die Portieren.

Der Raum machte den Eindruck einer Begräbnis-Kapelle. Zwei ganz nackte, nach rückwärts gedrehte Nischen aus dunkler Bronze erhoben sich mit ihren Herkulesarmen über ihre Köpfe großer, wundersam verästelter Drähdernzweige mit weißen, kristallinen Blüten, aus denen elektrisches Licht ins Zimmer rieselte.

Auf den schwarzen Sofas und niedrigen Frauentuils saßen einige Personen, schweigend und in den lässigsten Stellungen, ein Mann lag sogar auf dem Teppich, der den ganzen Boden bedeckte. Der Teppich war ebenfalls schwarz, nur in der Mitte war ein großer Strauß roter Drähdern eingewebt, die wie ungeheuerliche, wunderjam verästelte Würmer im Zimmer umherzuschleichen schienen.

Wilhelm Müller, ein blonder Niese in einem anliegenden Nachschlafrock, erhob sich vom Frauentuil, warf sich auf den Teppich und drehte sich dreimal in der Luft um.

„Oraba, Müller!“ rief einer, der auf dem Teppich am Fenster lag.

„Mela, komm, küß mich,“ rief ein stark gebautes Mädchen, das auf einem niedrigen Schaukelstuhl lag, und drückte sich trübe zu ihr herüber. Mela lächelte sie und setzte sich aufs Sofa neben Woyzeck, der über eine kleine, schmale, rosige Blondine gebeugt, leise etwas flüsterte und immer wieder die Ausschläge seines Rockes abstaubte, die schmutzigen Manschetten in die Kermel steckte, den kleinen blonden Bart energisch drehte und behauptete:

„Gerade vom feministischen Standpunkt aus sollte man gar keine rechtlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau machen.“

„Na ja, aber du bist ja langweilig, Woyzeck!“ Nagte wehmütig die Blondine.

„Rosa, was hab' ich denn nötig mich zu langweilen?“ seufzte Toni vom Schaukelstuhl herüber.

„Bill, unterhalt doch Toni, hörst du, du Faulpelz!“

„Ich mag nicht, ich muß mich strecken, ich habe solche Kreuzschmerzen.“

„Warum hast du Kreuzschmerzen?“

„Weißt, Toni, er hat aus demselben Grund Kreuzschmerzen, wie du,“ lachte Mela.

„Ran muß ihn massieren.“







# Reichstag.

190. Sitzung des Reichstags Freitag, den 12. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Koeborn.

## Anfragen und Steuern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

General v. Brißberg, daß die Behauptung des Abg. Scheibemann in seiner letzten Rede, der Presse sei verboten, über Flügelangriffe auf offene Städte zu berichten, so daß man in Berlin gar nicht erfahre, was in Süddeutschland an Frauen und Kindern durch solche Angriffe gemordet würde, der Begründung entbehre. (Widerspruch links.)

## Anfragen.

Die Abgg. Kossel (Soz.) und Cohen (Soz.) vertweisen auf die in Warschau und Lodz offen angelegten Aufrufe zu Judengriechen. Diese Aufrufe erregenden Aufrufe konnten drei Tage lang an allen Ecken und Enden prangen, bevor sie entfernt wurden. Den jüdischen Zeitungen wurde von der Zensur verboten, irgend etwas über die Pogromplakate zu schreiben, während eine in Lodz erscheinende polnische Zeitung sie im Wortlaut wiedergibt und hinzusetzen konnte, der Inhalt entspreche der Stimmung der polnischen Massen.

Unterstaatssekretär Lewald: Es ist richtig, daß Flugblätter, in denen „zur Vertilgung der jüdischen Gasse“ aufgerufen wird, in den letzten Monaten wiederholt nach in Warschau angehängt worden sind. In Lodz ist das polizeilich nicht festgestellt worden. Die Flugblätter sind jedesmal so schnell wie möglich entfernt worden; hierzu war ein ausdrücklicher Befehl ergangen. Bei der Ausdehnung von Warschau und bei der geringen Zahl deutscher Polizeimannschaften ist immerhin möglich, daß an dem wenig belebten Stellen der Stadt die Aufrufe nicht sofort entfernt worden sind. Die Behauptung, daß jüdischen Zeitungen verboten worden ist, irgend etwas über die Flugblätter zu schreiben, entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Gotthein (Sp.) beschwert sich, daß im Bereich des Stettiner Generalkommandos den zum Heeresdienst in der Heimat eingezogenen Rechtsanwältinnen das Auftreten vor Gericht verboten wird, wenn sie für die Volkspartei tätig sind, und daß ihre Auftritte durch untergeordnete Organe kontrolliert wird.

General v. Brißberg bekräftigt die Wichtigkeit dieser Tatsachen. Abg. Gotthein (zur Ergänzung) weist auf verschiedene Fälle hin, in denen einzelnen Anwälten die Genehmigung zum Auftreten vor Gericht verweigert worden ist, und auf einen

Befehl des Stellvertretenden Generalkommandos in Stettin, wonach das außerordentliche Kriegsgericht das Verfahren aufhören nicht einstellen kann, wenn es von der Anschuldigung eines Angeklagten überzeugt ist. (Stürmisches Hört! hört! links.)

General v. Brißberg: Ich kann darauf nicht antworten, denn das Material steht mir nicht zur Verfügung. (Unruhe links.)

Abg. Gotthein (zur Ergänzung): Ich habe das Material mit Namensnennung vor einiger Zeit dem Kriegsministerium übergeben. General v. Brißberg: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen. (Große Unruhe links; Rufo: Unerhört!)

## Soldaten und Reichstag.

Die Abgg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.), Held (nass.), Stücken (Soz.), Dr. Wirth (Z.) weisen darauf hin, daß in der Sitzung vom 12. Juni seitens der Militärverwaltung gesagt wurde, ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Reichstagsabgeordneten bestehe nicht. Es werden aber von vielen militärischen Stellen Anordnungen der Art erlassen, die den Angehörigen des Heeres das Besuchen der Reichstagsabgeordneten bedroht, falls sie mit Politikern in Verkehr treten. Was gedenkt der Reichstagsabgeordnete zu tun, um Offiziere und Mannschaften gegen diese Uebergriffe kurzfristiger Vorgesetzten zu sichern?

General v. Brißberg: Soldaten können nur nachgegangen werden, wenn dem Kriegsministerium nähere Angaben darüber gemacht werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Befehlen in einzelnen Truppenteilen besondere Verbote über den Verkehr zwischen Heeresangehörigen und Abgeordneten?

General v. Brißberg: Der Heeresverwaltung ist nicht bekannt, daß Sonderverbote bestehen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (zur Ergänzung): In Tausenden von Frontbriefen, Briefen aus der Stappe und aus den Garnisonen wird Klage über das Verbot des Verkehrs zwischen Abgeordneten und Soldaten geführt.

General v. Brißberg: Wenn der Heeresverwaltung solche Fälle vorliegen, werden sie nachgeprüft werden. Jedensfalls kann Verurteilungen nur nachgegangen werden, wenn im Kriegsministerium nähere Angaben über den einzelnen Fall gemacht werden.

Die Abgg. Stücken und Wels (Soz.) vertweisen darauf, daß bei manchen Gefangenen-Ueberwachungsstationen allen Mannschaften der Urlaub gesperrt wird, wenn Entweichungen von Gefangenen vorkommen.

Oberst v. Franke erwidert, daß Fälle, in denen eine allgemeine Nachlässigkeit der Bewachungsmannschaft festgestellt werden kann, sich wohl ergeben können, und daß eine vorübergehende Versperrung des Urlaubs zum Zweck der Untersuchung angehängt sein könne. Nicht zu billigen wäre eine Urlaubssperrung aller Mannschaften, ohne daß ein zwingender Grund vorläge.

Abg. Kuffel (U. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß den in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten ihre Löhnung in österreichischer Währung ausbezahlt wird, wodurch sie bei dem Kurssturz der österreichischen Währung geschädigt werden.

General v. Oden: Durch eine Verfügung vom 18. April ist angeordnet worden, die Löhnung nicht mehr in Kronen auszuzahlen.

Präsident Behrendt teilt mit, daß einzelne Anfragen, die das auswärtige Amt betreffen, zurückgestellt werden müssen, da niemand vom auswärtigen Amt anwesend sei.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des

## Branntweinmonopols.

Der grundlegende § 1, über den gestern verhandelt wurde, wird unverändert angenommen.

Eine ganze Reihe weiterer Paragraphen werden ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 132 handelt von der Bewertung des Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen. Der Bundesrat wird ermächtigt, auch die Abgabe solchen Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen zuzulassen, der in öffentlichen Anstalten, in öffentlichen und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendet wird. Ein Schlußsatz dieses Paragraphen besagt, daß den Krankenkassen für jedes Mitglied und Jahr 1 Mark als Rückvergütung aus der Monopolkasse zu zahlen ist.

Mit der Aussprache verbunden wird § 202b, der die Aufwendungen für Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke enthält.

Ein Antrag Dr. Blund (Sp.) will den Schlußsatz des § 132 ganz streichen, dafür aber in § 202b einfügen, daß 8 Millionen Mark aus der Monopoleinnahme jährlich zur Ermäßigung der Kosten für alkoholhaltige Heilmittel für die minderbemittelten Volkskreise, insbesondere die Mitglieder der Familien- und Annapflichtskassen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abg. Dr. Blund (Sp.): Es handelt sich darum, daß den minderbemittelten Wohlverdienenden aus der Verwertung der Arzneimittel, die die Vorlage mit sich bringen wird, keine Belastung entsteht. Die Formulierung des Ausschusses genügt nicht, weil sie lediglich den Kranken- und Annapflichtskassen eine Rückvergütung

gewähren will, während wir der Meinung sind, daß diese Rückvergütung allgemein den minderbemittelten Volkskreisen gewährt werden muß.

Abg. Beder-Weinberg (Z.) hält den Antrag Blund für praktisch undurchführbar und bittet, es bei dem Beschluß des Ausschusses zu belassen.

Ministerialdirektor Meuschel tritt für den Antrag Blund ein. Abg. Koch (Soz.) beantragt, im § 202 statt 8 Millionen 16 Millionen zu bewilligen.

Mit dieser Aenderung wird der Antrag Blund nach Erreichung des letzten Absatzes in § 132 angenommen, so daß also 16 Millionen Mark zur Ermäßigung der Kosten alkoholhaltiger Heilmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Die Debatte über die §§ 135 und 146 bis 151 wird verbunden. § 135 bestimmt, daß für die Essigherstellung der Alkohol zu ermäßigtem Preise von der Monopolverwaltung abgegeben werden soll, um diese weisseherstellung zu erhalten gegenüber der chemischen Industrie.

In den §§ 149a und b wird die Kontingentierung der Essigerzeugung eingeführt und dahin geregelt, daß Bezugsrechte für die Gärungsindustrie und Betriebsrechte für die Holzessigindustrie gebildet werden.

Ein Antrag Dr. Blund besagt: Die Bezugsrechte sind unbeschränkt übertragbar und auf Antrag auf Betriebsrechte anzurechnen.

Abg. Wurm (U. Soz.): Die Tendenz des Entwurfs ist darauf zugeschnitten, die Spiritusherzeugung zu schärfen gegen die neu aufkommene chemisch-technische Industrie, die aus Kohle und Kalk Spiritus machen will. Die Regierung ist bereit, bis zum Preise von 120 M. für den Hektoliter Alkohol zur Essigerzeugung herunterzugehen gegenüber dem Hektoliterpreis von 1000 M. bei Alkohol für Trinkzwecke. Außerdem ist die Essigsäure, die auf chemischem Wege erzeugt wird, mit einer Verbrauchsabgabe von 180 M. belastet. Das ist die Falle, in die die Leute, die von den Dingen nichts verstehen, hineingelockt werden. Wenn diese Paragraphen angenommen werden, wird die Karbidessigindustrie schwer geschädigt zugunsten der Kartoffelbrennerei. Die Karbidessigindustrie ist dadurch, daß ihre Erzeugnisse von der Heeresverwaltung verbraucht wurden, verhindert gewesen, in der Kriegszeit Speiseessig unter Verbrauchsabgabe zu liefern. Das wird jetzt dazu benutzt, um sie von der Kontingentierung, d. h. vom Markte auszuschließen, weil wir eben kein Betriebsrecht bekommen. Wir beantragen daher, damit die Holzessigindustrie nicht der chemischen Karbidessigindustrie die Bezugsrechte wegwäscht, die Verkäufe für die Holzessigindustrie zu sperren.

Der Antrag Blund wird angenommen; im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse bestätigt.

§ 238 handelt von der Uebertragung von Brennrechten. Abg. Voss (Soz.) wünscht, unter Bezugnahme auf einen besonderen Fall in Dessau, daß auch Betriebe, die bisher noch kein Brennrecht besitzen, Brennrechte erwerben können.

Abg. Kretsch (L.): Die gewerblichen Brennereien haben ein großes Interesse daran, davor geschützt zu werden, daß auch Zuckerraffinerien Brennrechte erwerben.

§ 239 wird angenommen. Bei § 239b der u. a. bestimmt, daß aus der Monopoleinnahme jährlich 4 Millionen Mark zur

## Bekämpfung der Trunksucht

und ihrer Ursachen sowie zur Wilerdung der durch die Trunksucht herbeigeführten Schäden dem Reichslanzler zur Verfügung zu stellen sind, findet eine Abstimmung durch Sammelstimme statt.

Die 4 Millionen werden mit 161 gegen 121 Stimmen bewilligt. Im übrigen wird die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes über den

## Abfah von Kalisalzen.

Die Kommission hat die in der Vorlage enthaltenen Sätze etwas vermindert.

Abg. Brodhausen (L.) wünscht, daß die Sätze der Regierungsvorlage wieder hergestellt werden, sonst müßten die Arbeiterlöhne wieder ermäßigt werden.

Abg. Gotthein (Sp.) wendet sich gegen die Wiederherstellung der Sätze und beantragt Steuererhöhungen für die Beamten.

Abg. Dr. Krenndt (D. Fr.) unterstützt den Antrag Brodhausen. Ministerialdirektor Müller bittet ebenfalls um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Bred (Soz.) widerspricht der Auffassung, daß die im Gesetz genannten Löhne Höchstlöhne seien; es handelt sich hierbei noch der Auffassung des Gesetzgebers und der Kommission um Mindestlöhne. — Dem Antrag Gotthein auf Gewährung von Steuererhöhungen an die Beamten treten meine Freunde bei. — Die Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage sei um so mehr notwendig, als sonst das Gesetz nicht zustande kommt; die Kalisarbeiter, die schon so lange auf eine Zulage warten, ihrer aber dringend bedürfen.

Abg. Albrecht (U. Soz.): Die Kalisarbeiter, die die Kommission festgesetzt hat, genügen. Auch bei ihnen können die erhöhten Löhne den Arbeitern sehr wohl gezahlt werden.

Die Anträge Brodhausen (Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage für Kali) und Gotthein (Steuererhöhungen) werden angenommen, der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Das Gesetz wird darauf sofort in dritter Lesung angenommen. Hierauf wird das Gesetz über die

## Zusammensetzung des Reichstags

und die Verhältnismäßig in großen Reichstagswahlkreisen in dritter Lesung angenommen.

Es folgen Abstimmungen über Resolutionen zur Ernährungsfrage, von denen eine Anzahl angenommen, einige abgelehnt werden.

Angenommen wird ferner eine Resolution, die eine stärkere Kohlenförderung durch Heranziehung von Gefangenen und von Angehörigen des Heeres zur Kohlenförderung fordert.

Weiter wird angenommen eine Resolution, die von der Kleiderabgabe diejenigen Deutschen zu befreien wünscht, die weniger als 1200 M. Einkommen haben und diejenigen, die in dem vom Feinde besetzt gewordenen Gebieten (Ostpreußen) wohnen. Graf Westphal beantragt zur Geschäftsordnung, die Abstimmung über die Resolution zur Ernährungsfrage zu wiederholen, da das Haus sich bei dieser Abstimmung nicht bewußt gewesen wäre, darüber es abstimmt. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Haase (U. Soz.) widerspricht der Wiederholung. Es folgt die dritte

## Lesung der Steuervorlage.

Abg. Keil (Soz.): Die Zeit zur Beratung dieser umfangreichen Steuervorlage war zu kurz. Um Härten zu vermeiden, ist in vielen Fällen dem Bundesrat in übermäßigem Umfange Vollmacht erteilt. Wir sprechen den Wunsch aus, daß uns in Zukunft solche Steuervorlagen rechtzeitig vorgelegt werden müssen. (Allseitige Zustimmung.) Eine neue Erscheinung ist diesmal, daß der Reichstag 1200 Millionen mehr Steuern beschlossen hat, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Dabei hat er noch keinen Pfennig zuviel beschlossen. Die Erbschaften werden bei uns steuerlich geschont, wie in keinem anderen Lande Europas. (Sehr wahr! u. d. Soz.) Man belastet fortgesetzt den Verbrauch, ohne die nachfolgenden Besitztümer heranzuziehen. Der Resolution, die eine allgemeine Vermögensabgabe zur Abänderung der Kriegsschulden verlangt, stimmen wir zu. Von der außerordentlichen Kriegsabgabe, die beschlossen ist, hat man leider das reguläre Einkommen freigelassen. Dadurch sind wieder sehr große Einnahmen der Reichskasse entzogen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß trotz des scharfen Widerstandes der einzelstaatlichen Finanzminister eine Bekämpfung des Mehrertrags und der Vermögens durch das Reich als einmaliger Akt zustande gekommen ist.

Reichstagspräsident Graf Koeborn spricht die Zustimmung der Regierung zu den vom Reichstag über die Regierungsvorlagen hin- und beschlossenen Steuern aus und erklärt, daß der Reichstagspräsident nicht in Berlin seinen Sitz haben wird, sondern in Süddeutschland. Ich bebaue, daß die Fraktion des Vorredners gegen den größeren Teil der Gesetze stimmen will. Es ist undenkbar, daß der Bedarf, vor dem wir jetzt stehen, allein durch Besteuern gedeckt werden könnte. Deshalb war es richtig, bei den Verbrauchssteuern jetzt ganze Arbeit zu machen und dies Gebiet abschließend zu bearbeiten.

Die Debatte schließt. Die außerordentliche Kriegsabgabe wird angenommen. Zum Reichskampfgesetz liegt ein Antrag Ebert (Soz.) vor, die Einkünfte aus Fideikommissen mit 10 Proz. zu besteuern.

Abg. Scheibemann (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung. Reichstagspräsident Graf Koeborn: Die Regierung kann diesem Antrage nicht zustimmen. Wenn Sie hier das Einkommen aus Fideikommiss im Börsengesetz besteuern, so wäre die Konsequenz, daß man auch jede andere Einkommensteuer in ein solches Börsengesetz einarbeiten könnte.

Der Antrag Ebert wird hierauf mit 154 gegen 151 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Au den übrigen Steuern liegen keine Wortmeldungen vor. Die Biersteuer, der Bierzoll, die Weinsteuer, die Steuer auf Mineralwasser, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, die Umlagesteuer werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und U. Soz. angenommen. Gegen die Schaumweinsteuer stimmen nur die U. Soz.

Einstimmig angenommen werden die Gesetze über die Steuerflucht und über den Finanzgerichtschof.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr (dritte Lesung des Branntweinmonopols, Kriegskredite).

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Kürzere Arbeitszeit für die Eisenbahner!

Immer, wenn die Eisenbahner eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit forderten — sie beträgt in den Berliner Eisenbahnwerkstätten 10 Stunden — lehnte die Eisenbahnverwaltung die Forderung mit der Behauptung ab, eine Verkürzung der Arbeitszeit sei unmöglich. Vergessen wiesen die Vertreter der Arbeiter nach, daß die Abschaffung der Ueberstunden die Leistungsfähigkeit des Betriebes in keiner Weise schädigen würde. Es nies trotzdem bei der zehntägigen Arbeitszeit. Nur die eine Forderung wollte die Verwaltung eintreten lassen: An den Sonnabenden vor einem freien Sonntag sollte eine durchgehende neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Die Arbeiter erklärten aber, neun Stunden hintereinander könne niemand arbeiten; die durchgehende Arbeitszeit sei zu begrüßen, sie dürfe jedoch nicht länger als acht Stunden dauern. Darauf ist es auch an den Sonnabenden beim alten geblieben.

Gestern Abend wurde im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufene, sehr stark besuchte Versammlung abgehalten, an der auch Genosse Braun als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion teilnahm.

Der Referent, Verbandssekretär Kohler, betonte, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr notwendiger sei denn je, da wegen der mangelhaften Ernährung der Gesundheitszustand der Arbeiter bei langer Arbeitszeit auf das schwerste gefährdet werde. In Danzig sei die durchgehende achtstündige Arbeitszeit an den Sonnabenden eingeführt, also müsse das auch in Berlin möglich sein.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, welche erklärt, daß die Eisenbahner zu den früher aufgestellten Forderungen festhalten; Abschaffung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit, durchgehende achtstündige Arbeitszeit am Sonnabend, Gewährung einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnzulage.

Die Resolution wird dem Eisenbahnminister telegraphisch übermittelt. Eine Vertretung der Arbeiter der Berliner Eisenbahnwerkstätten, die heute (Sonnabend) vom Minister empfangen wird, soll die Forderungen begründen und auf endliche Erfüllung derselben dringen.

## Und Koethe sprach . . .!

Vielmehr: er schimpfte.

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben: Ist es indiskret aus einem „öffentlichen“ Vortragabend zu plaudern? Nein, im Gegenteil, man hat füngemäß die Pflicht, davon zu erzählen denen, die nicht dabei waren. — Der Verein deutscher Studenten hatte jüngst geladen und seinen alten Herrn Koethe zu seinem Mittler bestellt. Und der Verein deutscher Studenten treibt keine Parteipolitik! —

Impulsiv war der Vortrag von Anfang bis zu Ende, sehr impulsiv. Der geschichtliche Teil brachte nichts Neues; aber dann gab es eine Fülle von Anekdoten. . . . Auf dem Markte in Riga hatte Herr Koethe Juden, Polen und ähnliches östliches Gesindel angetroffen. Das war betrüblich, und auch der Pulverturm konnte darüber nicht hinwegtrösten. Da war doch Dorpat ganz anders; denn dort hatte er das größte Ereignis seiner Reise: Ein deutscher Kommerz legte Zeugnis ab von deutsch-baltischer Eigenart.

Und das alles soll und verloren gehen? Doch es gibt noch Gott sei Dank, Männer, die allein eine brauchbare Politik vertreten. Sie werden als Grenze die Gegend des Reipus-Sees bestimmen und den Geist des unseligen Wikonowich, der selber immer noch umgeht, verdammen lassen. Könnte nur während die Gewährung des gleichen Wahlrechts in Preußen wirken, das die elendeste, ungernehtete Waffe zu Herren machen würde und böswillige, Idioten, Kurzsichtige und engherzige Männer wie Scheidemann zur Geltung kommen ließe, Männer von einem Tiefstand an Bildung und Geist. — Dann freilich möchte man lieber auf eine Angliederung der baltischen Lande verzichten. Aber noch sei es nicht so weit. Die berühmten Drei werden das verhindern, und schließlich, wie immer die Wähler auch wählen mögen, das deutsche Volk denke doch anders. (Versteht Du das, einseitiger Lesef?) Ihm erklingt noch immer das Lied, das er bei dem Kommerz in Dorpat gehört:

„Von der Maas bis an die Karbe . . . . .“  
So sprach der Herr Prof. Koethe, und der Verein deutscher Studenten treibt doch keine Parteipolitik! —

Der Bundesrat hat am 11. Juli 1918 eine Bekanntmachung zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Verkehlungs- und Betriebsgesellschaften in der Schuhindustrie (17. März 1917) erlassen, um alle Zweifel, daß den Herstellungs- und Betriebsgesellschaften lediglich die Regelung der fabrikmäßigen Herstellung von Schuhwaren in einer der jeweiligen Arbeitsverhältnisse entsprechenden Weise und die Verrechnung zwischen stillstehenden und weiterarbeitenden Betrieben obliegt, daß sie also zur Deckung ihrer Unkosten keine Gewinn erzielen. Durch eine solche einwandfreie Festlegung soll den einzelnen Bundesstaaten gleichmäßige Freistellung dieser Gesellschaften von den staatlichen und kommunalen Vermögens-, Einkommen- und Gewerbesteuern ermöglicht werden.

Das Herrenhaus verlegte sich gestern, nachdem es zuvor in geheimer Sitzung über den Ausschluß Wikonowichs beraten hatte. Ueber seinen Beschluß wird nicht berichtet.



# Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Schuhmacher.

Büdingen, 11. Juli.

Über den Punkt „Die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden und die Aufgaben des Verbandes“ referierte Simon Nürnberg. Redner behandelte eine Reihe wichtiger Forderungen für die Gegenwart und für die Uebergangswirtschaft: Wiedereinführung der Arbeiterschutzgesetze und Erweiterung derselben, besserer Schutz der Frauenarbeit und der Jugendlichen, rechtliche Sicherung der Tarifverträge, gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung, freiere Ausgestaltung des Koalitionsrechts, Reform der Wohnungsfrage, Rationierung der Rohstoffe. Zum Schluss seiner Ausführungen betonte Simon, daß die Kämpfe der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum an Schärfe zunehmen werden. Für diese Kämpfe zu rufen, sei Aufgabe des Verbandstages. Frieden, Freiheit und Brot, das sei die Parole, die aufgestellt werde und für die zu kämpfen sei.

Der Verbandstag nahm den Vortrag mit lebhafter Zustimmung auf. Eine Debatte schloß sich nicht daran.

Zur Statutenberatung hielt Simon das einleitende Referat. Er begründete die Vorschläge des Vorstandes zur Reform des Beitrags- und Unterstützungsweises. Nach diesen sollen die Beiträge nach dem Verdienst festgesetzt werden und vier Klassen mit 40, 60, 80 Pf. und 1 M. geschaffen werden. Entsprechend der Beitragserhöhung sollen auch die Leistungen bei den Unterstützungen erhöht werden.

In der ausgedehnten Diskussion erkannten die Redner die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Beiträge an, die Meinungen gehen aber darüber, ob die Beiträge nach dem Verdienst festgesetzt werden sollen, sehr auseinander; der Vorschlag des Vorstandes dazu wird lebhaft bekämpft. Es solle auch ferner jedem Mitglied freigestellt werden, welcher Klasse er beitreten will. Vorge schlagen wird, es bei drei Beitragsklassen zu belassen und in der höchsten Klasse nicht über 90 Pf. hinausgehen.

## Jahresbericht der Gewerkschaftskommission.

In der am Dienstag abgehaltenen Vollversammlung der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend besprach Genosse Ritter den Jahresbericht der Kommission. Er gab zunächst einen Überblick über die Kasstverhältnisse, die er als günstig bezeichnete. Während verschiedene Arbeitersekretariate im Reich wegen ungenügender Finanzlage ihre Tätigkeit einschränken mußten, konnte das Berliner Sekretariat seine Tätigkeit in vollem Umfang fortsetzen, weil nach aus den Friedensjahren ein hinreichender Kasstbestand vorhanden ist. Die Herberge des Gewerkschaftshauses arbeitet während der Kriegsjahre mit einem erheblichen Defizit. Man hatte deshalb erwogen, sie bis zum Eintritt besserer Zeiten zu schließen, ist aber zu dem Entschluß gekommen, die Herberge mit Rücksicht auf die soziale Bedeutung dieses Unternehmens trotz der ungenügenden Verhältnisse weiterzuführen. Bei der Einrichtung des städtischen Arbeitsnachweises wurde den Wünschen der Gewerkschaften entgegengekommen, seitens der städtischen Verwaltung zugesagt. Die Vorgänge in den letzten Wochen lassen aber erkennen, daß diese Zusage in mancher Hinsicht nicht erfüllt worden ist. Mit den Arbeitsvermittlern, welche die Stadt von den angestellten paritätischen Arbeitennachweisen abgenommen hat, sind Privatdienstverträge abgeschlossen, die für die Arbeitsvermittler ungünstige Bestimmungen enthalten. Die Vermittler sind mit einmonatiger Kündigung angeheft. Die Verfügungen des § 616 des V.G.B. sind ausgeglichen, in Arbeitsfällen wird das Gehalt nicht fortgezahlt. Wegen dieser Vertragsbestimmungen, die den bei der Uebernahme der Sachverhältnisse vereinbarten Grundgedanken nicht entsprechen, wird an zuständiger Stelle Einspruch erhoben werden.

Was den in den Vororten bestehenden Unterkommissionen haben sich keinerlei Schwierigkeiten ergeben. Eine Annahme machte nur das Verhältnis zu der Unterkommission in Spandau. Diese hat sich in letzter Zeit nicht mehr als eine gewerkschaftliche Körperschaft, sondern als ein politisches Konventikel gefühlt und Anträge an die Gewerkschaftskommission gestellt, die diese ablehnen mußte, weil sie nicht im Rahmen der gewerkschaftlichen Aufgaben liegen. Die Geschäfts- und Kasstführung hat die Unterkommission Spandau sehr vernachlässigt. Weil den Anträgen der Unterkommission nicht stattgegeben wurde, ist sie aus der Gewerkschaftskommission ausgetreten. Inzwischen haben einzelne Gewerkschaften in Spandau, namentlich die Gauleiter, den Wunsch ausgesprochen, wieder eine Unterkommission ins Leben zu rufen, die in bisheriger Weise mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung stehen soll. Dabin gehende Verhandlungen sind im Gange und werden das gewünschte Ergebnis bringen.

Den am 1. April 1917 durch Verordnung des Oberkommandos eingeführten Sparzwang der jugendlichen Arbeiter haben die Gewerkschaften von Anfang an als ungewünscht und verfehlt bezeichnet. Die mit dem Sparzwang bisher gemachten Erfahrungen beweisen, daß die Stellung gegen denselben berechtigt ist. Die Befürworter des Sparzwanges führen große Zahlen an, um damit seine guten Ergebnisse zu beweisen. Es sind 4 621 000 M. Spargelder eingezahlt, wovon 1 620 000 M. aus besonderen Gründen ausgezahlt wurden. Das hört sich groß an, ist aber nur eine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß sich die noch den Rückzahlungen verbleibende Summe von 2 806 000 M. auf 63 000 Sparverträge verteilt. Auf den einzelnen kommen im Durchschnitt nur 48 M. als Sparergebnis eines ganzen Jahres. Im Durchschnitt hat demnach jeder nicht mehr als 92 Pf. in der Woche erspart. Das Ergebnis ist die Verwaltungskosten nicht wert, die es verursacht. Wenn sich jetzt eine Strömung bemerkbar macht, die den Sparzwang auch in die Friedenszeit hindübernehmen möchte, so kann nicht stark genug dagegen protestiert werden.

Arbeitersekretär Link gab eine Uebersicht über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate.

In der Diskussion gingen einige Redner auf Einzelheiten der Ausführungen Ritters ein. Die Vollversammlung erklärte sich durch einstimmigen Beschluß mit der Tätigkeit des Ausschusses einverstanden und vollzog dann die Neuwahl des Ausschusses, die folgendes Ergebnis hatte: Dieck (Baugewerbe), Giesch (graphisches Gewerbe), Schulze (Leberindustrie), Giering (Metallindustrie), Ullrich (Transportgewerbe), Godapp (Nahrungsmittelgewerbe), Gruhl (Werkzeuggewerbe), Maack (Holzbearbeitung), Schmidt (Bureau- und Handelsangestellte), Plänker (verschiedene Berufe). — Revisoren: Krüger, Röhne, Schade.

## Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Munitionsindustrie.

In der Mittwochnummer des „Vorwärts“ brachten wir eine von einem Korrespondenzbureau versandte Notiz, in der die Darstellungen, welche Genosse Cohen in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes über Arbeiterentlassungen und Lohnabzüge in der Berliner Munitionsindustrie machte, von amtlicher Seite herichtigt wurden. Jetzt ist uns der Wortlaut der amtlichen Nichtigkeitsklärung zugegangen. Sie legt hauptsächlich Wert auf die Feststellung, daß eine Arbeitslosigkeit in größerem Maße in Berlin nicht besteht und auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Zum Beweise dafür beruft sich die amtliche Darstellung auf die Angaben der Arbeiterklassen. Sie läßt es dahingestellt sein, ob in der Berliner Munitionsindustrie 30 000 Personen weniger beschäftigt sind als vor einigen Monaten, und sagt, selbst wenn dies zutreffen sollte, sei diese Zahl im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten so gering, daß zu der Befürchtung, es liege eine größere Arbeitslosigkeit in Aussicht, kein Anlaß vorliegt.

Hinsichtlich der Lohnabzüge läßt sich die amtliche Darstellung — was unsere Notiz nicht zum Ausdruck bringt — auf Angaben des Verbandes Berliner Metallindu-

strieller. Die Möglichkeit, daß nicht nur besonders hohe Löhne herabgesetzt, sondern in einzelnen Betrieben die Löhne ohne Rücksicht auf ihre Höhe generell gekürzt worden sein können, wird amtlicherseits nicht bestritten, doch wird betont, daß eine allgemeine Herabsetzung der Löhne nicht stattgefunden habe und der Meinung Ausdruck gegeben, daß zur Verrückung kein Anlaß vorliege.

## Lohnbewegung der Werkstattpersonal der städtischen Straßenbahn.

Die Forderung des Werkstattpersonals, den Stundenlohn um 15 Pf. zu erhöhen, hat die Betriebsleitung damit „erledigt“, daß sie Handwerker 8 Pf., den Arbeitern sogar nur 2 Pf. Zulage pro Stunde bewilligt. Diese „Lohnaufbesserung“ wurde kürzlich in einer Versammlung des Werkstattpersonals als gänzlich unzureichend bezeichnet. Es wurde betont, wenn die Betriebsleitung die Löhne als ausreichend hinstelle, so müsse sie sich auf den Gesamtverdienst, in dem der Lohn für viele Ueberstunden und Sonntagsarbeit entfallen sei. Es sei vorzuziehen, daß Handwerker nach eifriger Nacharbeit noch drei bis vier Stunden Einseitigkeit als Fahrer geführt haben.

Die Versammlung beschloß, in Rücksicht auf die andauernde Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel und die Tatsache, daß die Löhne in anderen gleichartigen städtischen Betrieben bedeutend höhere sind, erneut den Antrag auf Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf. zu stellen. Es soll mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine umgehende Erledigung derselben angestrebt werden.

## Forderungen der städtischen Bureauhilfsarbeiter.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Bureauhilfsarbeiter und -hilfsarbeiterinnen der Stadt Berlin leitete Krüger (Vereinsvorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten) die Sachverhältnisse des Hilfspersonals in den städtischen Bureaus. Er wies darauf hin, daß die durchweg gegen Tagelöhner und mit täglicher Kündigung beschäftigten Hilfsarbeiter erheblich ungünstiger gestellt sind wie die Beamten, auch mit Feuerungszulagen viel schlechter bedacht worden sind wie die Beamten und daß eine Aufbesserung des Einkommens der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen dringend notwendig ist. Die Bezeichnung „Hilfsarbeiter“ verleitet zu der Annahme, daß die betreffenden nur untergeordnete Hilfsarbeiten zu verrichten haben. Das ist keineswegs der Fall. Durch die Bezeichnung „Hilfsarbeiter“ soll nur ausgedrückt werden, daß sie nicht in einem Beamtenverhältnis stehen. Die Untercheidung der Hilfsarbeiter in einfache und qualifizierte (diese beziehen etwas höhere Tagelöhner als jene) ist ebenfalls nicht berechtigt, denn ob jemand zu den Qualifizierten gerechnet wird, das hängt nicht immer von seinen Leistungen, sondern mehr von seinem Wohlverhalten gegenüber den Vorgesetzten ab. Aber diese Unterscheidung wird sich vorläufig nicht abschaffen lassen. Der Redner schlug vor, folgende Forderungen (ausschließlich der bestehenden Feuerungszulagen) aufzustellen.

Den einfachen Bureaugehilfen, die jetzt ein Tagelohn von 5,50 M. erhalten, welches bei den Verheirateten nach einjähriger Beschäftigung auf 6 M. steigt, soll gewährt werden: Bei der Einstellung 5,50 M., nach 3 Monaten 6 M., nach 6 Monaten 6,50 M., nach einem Jahre 7 M. für Ledige, 7,50 M. für Verheiratete.

Qualifizierte Bureaugehilfen erhalten jetzt einen Anfangslohn von 5,50 M., nach 3 Monaten 6 M., nach 6 Monaten 6,50 M. und nur die Verheirateten bekommen nach einem Jahre 7 M. — Gefordert wird ein Anfangslohn von 5,50 M., nach 3 Monaten 6,50 M., nach 6 Monaten 7 M., nach 1 Jahre 7,50 M., nach 1 1/2 Jahren 8 M. und für Verheiratete in den beiden letzten Stufen je 90 Pf. mehr.

Einfache Bureaugehilfen erhalten jetzt 4,50 M. Gefordert wird diesen Anfangslohn nach 3 Monaten auf 5 M., nach 6 Monaten auf 5,50 M., nach 1 Jahr auf 6 M. zu erhöhen.

Qualifizierte Bureaugehilfen fangen jetzt ebenfalls mit 4,50 M. an, sie erhalten nach 3 und 6 Monaten je 50 Pf. mehr. Gefordert wird ein Anfangslohn von 4,50 M., nach 3 Monaten 5,50 M., nach 6 Monaten 6 M., nach 1 Jahr 6,50 M.

Für alle Kategorien wird gefordert, daß nach einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten das Arbeitsverhältnis nur nach einer Kündigungskrist von einem Monat gelöst werden kann.

Die Versammlung beschloß einstimmig, diese Forderungen dem Magistrat einzureichen.

## Der Streik der Londoner Flugzeugarbeiter.

Amsterdam, 11. Juli. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß in der Flugzeugfabrik Alliance Aeroplane Company ein Streik ausgebrochen ist. Munitionsminister Churchill hat energische Gegenmaßnahmen ergriffen. Die Regierung wird auf Grund des Reichsverordnungsgegesetzes und des Munitionsgegesetzes die Fabrik selbst übernehmen.

## Industrie und Handel.

Die englische Stahlindustrie gegen die ungebundene Wirtschaft.

Es ist sehr interessant zu beobachten, daß in dem Lande, das bisher dem Freihandel treu geblieben ist, in England, von den Interessenten Vorschläge für die Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ausgearbeitet werden, die mehr oder minder stark auf die staatliche Kontrolle der Wirtschaft hinstellen. So verlangen die Eisen- und Stahlindustriellen dringend ein Verbot der Einfuhr aller Fertig- und Halbfabrikate aus dem feindlichen Ausland für die Zeit der Uebergangswirtschaft. Auch soll die berühmte Schiffsfabrikate Cromwells wieder aufleben, indem Verbot erlassen werden, Rohstoffe oder Fertigfabrikate aus Eisen und Stahl durch britische Schiffe von neutralen nach jetzt feindlichen Ländern zu befördern. Besonders sieht aber hervor, daß eine durchaus genossenschaftliche Organisation der Eisen- und Stahlindustrie verlangt wird, dergestalt, daß eine vom Staate unterstützte Organisation der Eisenerzeuger die Einfuhr und Verteilung von Ausländern kontrolliert und Erzeuger im Auslande erwirbt. Für die Ausfuhr sollen Verkaufsorganisationen geschaffen werden, die in einer Sammelorganisation zusammenzufassen wären. Neben Forderungen gegen das sogenannte Dumping wird Ausbau des technischen Unterrichts und des Nachrichtenwesens und Revision der Rechtsfragen durch den Eisenbahn- und Schiffsverkehr verlangt. Am interessantesten ist in dem Programm der Vorschläge, der sich mit der Regelung der Arbeiterverhältnisse nach dem Kriege befaßt:

Zusammenschluß aller in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter zu einer einzigen Gewerkschaft mit Einfluß der ungelerten Arbeiter. Beilegung örtlicher Streitigkeiten durch örtliche Gruppen der großen Organisation und Verweisung von Unstimmigkeiten an Schiedsgerichte. Gestaltung abschließlicher Vertragsabrisse seitens einer der beiden Parteien durch Gelddüsen. Verantwortlichkeit der Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer für von ihren Mitgliedern angerichteten Schaden und erlittene Gelddüsen. Einführung von Arbeitsordnungen, wo immer angängig. Bildung eines Ausschusses von Betriebsleitern, Vorarbeitern und Arbeitern in jeder Fabrik, um über Verteilung von Arbeit und Produktionsbeschränkungen Vorschläge zu machen. Einführung des Achtstundentages für alle Betriebe, die die ganze Woche hindurch arbeiten.

Diese Vorschläge zielen offenbar darauf, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten und aus der Arbeiterkraft gegen kleine Zugeständnisse das Höchstmaß an Leistungsfähigkeit herauszuholen.

## Soziales.

### Die angelegliche Kollage der Ärzte.

Man schreibt uns: Vor nicht langer Zeit richteten die Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen und Dr. med. Straube an den Reichskanzler wegen der Kollage, in der sich ein großer Teil der Ärzte befinden soll, eine kleine Anfrage. Tausende von Ärzten wären im Kriege wirtschaftlich ruiniert, obwohl in vielen, vor allem ländlichen Gebieten ein großer Ärztemangel herrsche. Dementsprechend ersuchen die beiden Abgeordneten um Aufklärung, welche Maßnahmen vorgesehen sind, die schweren Gefahren für den Arztstand wie für die öffentliche Gesundheitspflege zu beseitigen.

In der Tat verdient diese kleine Anfrage volle Beachtung, da sie auf unsere sanitären Verhältnisse einige Schlaglichter wirft, die geeignet sind, das hier berührte Gebiet falsch zu beleuchten. Tatsache ist, daß ein großer Teil der approbierten Ärzte, man spricht sogar von zwei Dritteln, zum Wehrdienst eingezogen ist, dementsprechend die Heimbewohner sich nur mit einem Drittel, etwa 10 000, begnügen muß, so daß man bei einem Blick in die ärztlichen Wartezimmer auch hier von Kolonnen (Krankenkolonnen) sprechen kann, während die Entblößung des platten Landes von Ärzten bereits zu den Friedenserscheinungen zu zählen ist. Tatsache ist aber ferner, daß durch Maßnahmen der Kriegszustandsbehörden den nicht approbierten Krankenbehandletern (Naturheilkundigen, Homöopathen) die Ausübung ihres Berufes zu einem großen Teile untersagt ist. Würde man nach dem Hindenburgprogramm und nach dem Hilfsdienstgesetz, wonach jeder eine seiner bisherigen Tätigkeit und seinem Können entsprechende Verwendung zu finden hat, den seitherigen erprobten und bewährten Heilkundigen die volle Heilbehandlung durch sofortige Freigabe ermöglichen, so würde die Notwendigkeit einigermaßen gelindert, da im Deutschen Reich zurzeit nur wenige Hundert Heilkundige vorhanden sind (im Frieden zirka 6—700 Heilkundige aller Richtungen).

Andererseits muß aus dem Ärztemangel sich mit Recht eine ganz vorzügliche wirtschaftliche Lage ergeben, die auch für die Zukunft bestehen bleiben dürfte und den in die Heimat zurückkehrenden Ärzten baldigt wieder eine ausreichende Existenz bieten wird, denn der Gesundheitszustand wird nach dem Kriege nicht so leicht gehoben, und es wird immer Nachfrage nach tüchtigen Heilkräften vorhanden sein. Daß aber tatsächlich die Ärzteschaft wirtschaftlich recht gut durchhalten kann, ergibt sich aus einer Uebersicht der Kasstentwürfe, die in einer besonderen Schrift über „Teuerungsforderungen der Ärzte“, herausgegeben vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen e. V., zusammengestellt sind. Danach erhielten einzelne Ärzte von den Ortskrankenkassen in Kassel 27 800 M., in Chemnitz 18 000 M., in Gera 88 000 M., in Leipzig 22 000 M. In Essen erzielte 1917 ein Arzt die Summe von 61 563 M.; dann folgen in dem Essener Bezirk drei Ärzte mit je 50 000 M., zwei mit 48 000 M. usw. Im Durchschnitt hat jeder Arzt 12 000 M. Die Krankenkassen vertreten die Ansicht, die Teuerungszulage nur dann zu gewähren, wenn der einzelne Arzt weniger als 18 000 M. erzielt. Diesem sehr berechtigten Standpunkt kann man sich nur voll und ganz anschließen. Immerhin darf von einer Kollage der Ärzte nicht gesprochen werden; im Gegenteil, gerade jetzt und eine lange Zeit nach dem Kriege wird ihnen naturgemäß ganz besonders der Weizen blühen. Wie mancher andere Berufsweig würde über solchen wirtschaftlichen Aufschwung besonders erfreut sein und kein Wort über eine angelegliche Kollage verlieren.

### Das Internationale Arbeitsamt in Basel.

Am 19. Juni tagte die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des Internationalen Arbeiterschutzes in Bern, wobei Nationalrat Feigenwinter-Basel mitteilte, daß das Internationale Arbeitsamt in Basel durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sei, indem mehrere Staaten und Landessekretäre ihre Beiträge nicht mehr zahlten. Der Schweizerische Bundesrat sowie die schweizerische Vereinigung habe jedoch Anstrengungen gemacht, der Not des Arbeitsamtes abzuhelfen.

## Gerichtszeitung.

### Das ausgebliebene Schwein.

Eine heitere „Schweinegeschichte“ erlebte ein Raachspiel vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der Sachverhalt war folgender: Der als Kläger gegen eine elektrotechnische Gesellschaft auftretende Reisende Alfred G. war mit einem Pionier F. gut befreundet. F., der in Nürnberg Dienst tat, machte sich seinem Freunde gegenüber anheischig, Schleißhandelswaren zu beschaffen, es ginge aber nur zu machen, wenn es „im großen“ betrieben würde. Der Anfang solle mit einem ganzen Schwein gemacht werden, für das 1200 M. vorher gezahlt werden sollten. Dem Kläger war das Objekt zu groß, er suchte deshalb stille Teilhaber, die er schnell in den Kreisen seiner guten Freunde, Bekannten und Verwandten fand. G. war so freundlich, auch seinen Prinzipal zur Beteiligung an der von ihm ins Leben gerufenen Schweine-Einkaufsgenossenschaft m. b. H. einzuladen, und dieser zeichnete auch für 200 M. Anteile. Vereinbarungsgemäß schickte die Firma für den Kläger 400 M., die sie als Reisevorschuß verbuchte, und für sich selbst 200 M., im ganzen 600 M. an den Pionier in Nürnberg ab. Nach einiger Zeit wurde auch die glückliche Verladung des Vorstentiers und seine Beförderung über die preussische Grenze gemeldet. Zur Zeit der erwarteten Ankunft hatten sich die Genossenschaftler vollständig auf dem Güterbahnhof eingefunden, um es möglichst unter Ausschluß der Öffentlichkeit zur heimlichen Schlachtdank zu führen. Es entpandten sogar schon über die Teilung der Schinken gewisse Meinungsverschiedenheiten, die aber bald durch eine allgemeine Enttäuschung abgelöst wurden. Die Genossenschaftler hatten, in doppelter Sinne, „kein Schwein“, weil dies nämlich nicht eintraf. Es blieb auch in den nächsten Tagen und Wochen verschwinden. Inzwischen hatte der Gründer des Unternehmens, auf seinen „Freund“ einen gewissen Druck ausübend, von dem Pionier 465 M. zurückbekommen. Dies Geld hatte er in voller Höhe behalten, weshalb ihm sein Chef die 200 M. vom Gehalt abzog. Der Kläger meint aber, das Risiko habe jeder Beteiligte allein zu tragen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er denn auch die überschüssigen 65 M. behalten habe, erwiderte G., er wüßte nicht, wem er sie geben sollte, da ja viele an dem „Schweine“ Geld verloren hätten. Auch er selber sei durch den „Schweinehund“ schwer geschädigt worden. — Da der Kläger ein 5000 M. Jahresverdienst übersteigendes Einkommen hatte, so mußte er beim Kaufmannsgericht wegen solcher Unzuständigkeit abgewiesen werden. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Reumann, gab seine Auffassung dem Kläger gegenüber dahin kund, daß es am moralischsten gewesen wäre, das gerechtere Geld gleichmäßig unter die Teilhaber zu verteilen.

Allgemeine Familienverbände. Sonntag, den 14. Juli: Zahl- und Lohnmetag von 3—6 Uhr im Reumann Gerichtsstraße 12113 am Sonnabend, den 20. Juli, in Wilan, Südamer Hof, von 3—4, Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Westfälischer. (N. A. G.) Hamburg. Filiale Berlin 5. Wahlversammlung Sonnabend, d. 13., abends von 8 bis 10 Uhr, 1. bei Töle, Rüdigerstr. 7, und 2. bei Rühl, Dunderstr. 19. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 14., vormittags von 10—11, findet im Lokal von Reimers, Bernauer Straße 82, die Wahl eines Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung in Augsburg statt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Hiemlich warm und schwül, zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wollig, im Westen weit verbreitete, häufig der Ober mehr vereinzelte Gewitterregen.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. Ärtzen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Krefeld; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Preis 1 Blatt und Unterhaltungsbeitrag.